

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Protokoll 17/93
Protokoll 17/90

**Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung (93. Sitzung)**
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (90. Sitzung)

Wortprotokoll

Öffentliches Fachgespräch
zum Thema

**„Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien –
Ausgewählte Aspekte des Medienwandels und ihre
politischen Implikationen“**

(nicht korrigiert durch die Sachverständigen und Abgeordneten)

Berlin, 16. Januar 2013, 14.00 bis 16.30 Uhr
(Sitzungssaal E.300, Paul-Löbe-Haus)

Vorsitz: Ulla Burchardt, MdB

Vorlage zum Fachgespräch

Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)
gemäß § 56a der Geschäftsordnung

Technikfolgenabschätzung (TA)
Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur
Informationsgesellschaft

BT-Drucksache 17/11959

Sachverständige

	Seite
Dr. Bernd Beckert Fraunhofer-Institut für System- und Innovations- Forschung (ISI) – Projektleiter TAB-Studie	13, 54, 56
Dieter Elixmann Wissenschaftliches Institut für Kommunikations- dienste Bad Honnef (WIK)	22
Prof. Dr. Armin Grunwald Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – Leiter des Büros Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)	12, 53, 59, 61, 66
Prof. Dr. Uwe Hasebrink Hans-Bredow-Institut Universität Hamburg Gutachter für die TAB-Studie	30, 35, 56
Hermann-Dieter Schröder Hans-Bredow-Institut Universität Hamburg Gutachter für die TAB-Studie	. / .
Birgit van Eimeren Bayerischer Rundfunk, Unternehmensplanung und Medienforschung	27

Ausschussmitglieder

	Seite
<hr/>	
<u>CDU/CSU</u>	
Abg. Dr. Thomas Feist	35, 64
Abg. Axel E. Fischer	11
Abg. Ernst Hinsken	8
 <u>SPD</u>	
Abg. Martin Dörmann	38, 65
 <u>FDP</u>	
Abg. Sylvia Canel	42
 <u>DIE LINKE.</u>	
Abg. Dr. Petra Sitte	45, 61
 <u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Abg. Tabea Rößner	49, 63

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Vorsitzende:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hier vorne in dieser Reihe noch nicht ganz vollständig. Wir haben aber beschlossen, dass wir anfangen. Zum einen sollen nicht die bestraft werden, die sich beeilt haben und pünktlich sind, zum anderen haben wir ein dichtgedrängtes Programm, so dass wir alle Zeit brauchen. Wir fangen einfach mal damit an, dass ich Sie als Gastgeberin, als Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung – in dessen Raum wir uns heute befinden – ganz herzlich begrüße. Ich begrüße zunächst einmal alle Gäste, die zu uns gekommen sind, die beim heutigen Thema in welcher Form auch immer Expertin/Experte sind, sei es als Nutzer von Medien, welche auch immer: Papier oder elektronisch, sei es als Journalistin oder Journalist, oder sei es als Medienwissenschaftler, die heute den Weg zu uns gefunden haben. Ganz besonders herzlich begrüße ich die Dame und die Herren, die uns heute als Expertin und als Experten in der Runde zur Verfügung stehen und Ausblicke und Hintergründe zu unserem heutigen Thema vorstellen werden. Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, die heute hier sind. Sie sehen, dass es im Moment noch viele leere Plätze gibt, das hängt damit zusammen, dass wir völlig außer der Reihe heute an diesem Mittwoch Plenarsitzung bis in die Nacht haben. Das ist normalerweise nicht der Fall, weswegen der Mittwochnachmittag eigentlich immer ein geeigneter Zeitraum ist, um eine solche Veranstaltung durchzuführen. Da aber auch Abgeordnete - trotz aller Versuche, das zu ändern – nur an einem Ort gleichzeitig sein können, haben wir die Situation so, wie sie ist, und der eine oder andere wird noch nachkommen. Mancher wird uns auch relativ schnell verlassen. Also in diesem Fall Herr Fischer, er wird gleich gehen müssen. Ich hoffe, bis dahin so viel überbrückt zu haben, dass Herr Hinsken dann anwesend sein wird. Auf jeden Fall wird uns der Stoff heute nicht ausgehen.

Wie gesagt, ganz besonders begrüße ich unsere Expertin und Experten, die heute in diesem Innenrund sitzen. Insbesondere auch Herrn Prof. Dr. Armin Grunwald, der in Personalunion Leiter des Karlsruher Instituts für Technikfolgenabschätzung ist und Leiter des TAB, des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Herrn Dr. Bernd Beckert, den Sie unten in der Runde sehen. Er ist der Projektleiter der TAB-Studie, um die es heute geht und Herrn Ulrich Riehm vom TAB-Büro hier in Berlin. Zwischenzeitlich darf ich auch den Kollegen Ernst Hinsken begrüßen - ich werde ihm noch Zeit geben zum Durchatmen – den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, der hier heute mit Ihnen und mit uns diskutieren wird. Sein Stellvertreter Martin Dörmann ist auch anwesend. Ich begrüße an dieser Stelle auch Herrn Axel Fischer, Vorsitzender der Internet-Enquete im Deutschen Bundestag.

Die Experten, die dann mit dazu beitragen werden, dass wir den Bericht intensiver diskutieren können, sind Dieter Elixmann vom Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste Bad Honnef (WIK), er war auch Gutachter der Studie, Birgit van Eimeren vom Bayerischen Rundfunk, Prof. Dr. Uwe Hasebrink und Hermann-Dieter Schröder vom Hans-Bredow-Institut der Universität Hamburg, die auch als Gutachter für die TAB-Studie gearbeitet haben. Ich stelle an dieser Stelle schon einmal die Kolleginnen und Kollegen vor, die als Berichterstatter der Fraktionen im Laufe der Veranstaltung, nach der Präsentation die jeweiligen Positionen, Einschätzungen und möglicherweise auch Ausblicke auf das eigene politische Tun ihrer Fraktionen abgeben werden. Das sind der Kollege Dr. Thomas Feist, der gleich kommen wird, Martin Dörmann für die SPD-Fraktion. Sylvia Canel, die vermutlich auch noch kommt. Ich glaube, ich lasse das jetzt mit dem namentlichen Aufruf. Dr. Petra Sitte für die Fraktion DIE LINKE., die schon bei uns ist und Tabea Rößner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Alle Damen und Herren kommen später noch ausführlicher zu Wort.

Eine kurze Vorbemerkung in eigener Ausschusssache: Sie werden sich möglicherweise gewundert haben, warum bei einem medienpolitischen Thema ausge-

rechnet der Bildungs- und Forschungsausschuss erster Gastgeber ist. Das hängt damit zusammen, dass unser Ausschuss nicht nur zufälligerweise das Kürzel Technikfolgenabschätzung im Namen trägt, sondern für den Deutschen Bundestag das Lenkungs- und Steuerungsgremium für alle TA-Verfahren ist, und wir sind formal immer Auftraggeber, von welchen Ausschüssen auch immer Anregung für eine TA-Studie gekommen ist. Wer noch nichts mit dem TAB beim Deutschen Bundestag zu tun hatte, dem kann ich dringend empfehlen, auf unserer Homepage auch mal nachzugucken. Vor mehr als 20 Jahren schon, muss man sagen, waren sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag einig, dass angesichts der Dynamik und der weitreichenden Folgen des wissenschaftlich-technischen Wandels für Gesellschaft, Wirtschaft, die Art und Weise, wie wir leben, wie wir miteinander kommunizieren, es notwendig ist, eine sehr solide gute Wissensbasis zu haben, die möglichst wissenschaftsbasiert ist, um Probleme vernünftig in den Blick zu bekommen, aber auch um Gestaltungsoptionen zu haben, um technisch induzierten Strukturwandel zu gestalten. Und damit ist immer die Frage verbunden, gibt es politischen Handlungsbedarf, und an welchen Stellen kann er sich und sollte er sich realisieren.

Damit sind wir dann letztendlich schon bei dem Thema, um das es heute geht, nämlich, gibt es eine Notwendigkeit für gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft? Ich muss Ihnen eigentlich sagen, dass der technisch induzierte Wandel, wie Menschen Informationen bekommen, wie sie damit umgehen, wie die verarbeitet werden, zu großen Veränderungen in der Gesellschaft, auch in der Wirtschaft geführt haben. Das Sterben von Tageszeitungen gehört schon fast zum Alltag. Gestern hat mich und die Kollegen in meiner Region die Meldung sehr erschüttert, dass die Westfälische Rundschau alle ihre Redaktionen „beerdigen“ will. Mehr als 120 hochqualifizierte Redakteure werden in den nächsten Wochen arbeitslos. Das ist ein Fall von relativ vielen. Wenn man darüber redet, dann weiß man auf der anderen Seite, dass immer mehr Menschen eigentlich über das Internet sich die Informationen beschaffen und über andere technische Möglichkeiten, sodass der Zeitungsmarkt immer umkämpfter wird.

Letztendlich geht es dabei ja nicht nur um rein technische Fragen, das wird heute auch mit eine Rolle spielen, wenn man nach den medienpolitischen Konsequenzen fragt, sondern Information ist ja nicht irgendeine Ware, die beliebig gehandelt werden kann, sondern gerade in einer demokratischen pluralen Gesellschaft ein hohes Gut. Von daher ist die Frage, wer verfügt über Informationen, wie ist der Informationszugang technisch, aber auch real von den Möglichkeiten ein unter politischen Gesichtspunkten nicht nur interessanter, sondern ein absolut notwendiger. Das wäre im Wesentlichen das, was von Seiten unseres Ausschusses zum Eingang gesagt werden soll, bevor ich jetzt gleich das Wort weitergebe an den Kollegen Hinsken und an den Kollegen Fischer. Noch eine technische Anmerkung: Es ist hier so finster, nicht weil wir wieder den Einstieg in die Atomenergie ausrufen wollen, sondern, weil diese Veranstaltung vom Fernsehen des Deutschen Bundestages aufgezeichnet wird. Das hat zwei positive Effekte: Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen oder Mitarbeiter, die in den Büros diese Veranstaltung jetzt live verfolgen können. Ab heute Abend 21:00 Uhr können Sie sich diese Veranstaltung auch dann nochmal so oft wie Sie mögen, in welchen Ausschnitten Sie auch immer mögen, in der Videothek des Deutschen Bundestages angucken, die ich Ihnen, sowie die gesamte Homepage des Bundestages sehr empfehlen kann. Zum Schluss noch die herzliche Bitte, die Handys auf lautlos oder auszustellen. Damit hat der Kollege Hinsken das Wort.

Abg. Ernst **Hinsken** (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie): Frau Kollegin Ulla Burchardt, Herr Professor Grunwald, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Erste Bemerkung, ich finde es richtig, dass dieses Fachgespräch durchgeführt wird. Es ist längst überfällig. Zweite Bemerkung, gerade die neue Technik bringt es mit sich, dass eben auch die Abgeordneten aufgerufen werden, schnell ins Plenum zu kommen, um Mehrheiten zu sichern. Deshalb bin ich so spät gekommen, weil ich noch pflichtbewusst ins Plenum gegangen bin und nachgesehen habe, ob wir die „Mehreren“ sind. Ich war zufrieden und konnte deshalb das Weite suchen und hierher finden, um dieser

Aufgabe nachzukommen, der ich mich zusammen mit weiteren Kolleginnen und Kollegen zu stellen habe.

Verehrte Damen und Herren, seit Jahren ist das Thema schon in aller Abgeordnetenmunde. Bereits im Jahr 2008 hat der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschlossen, an das Büro für Technikfolgenabschätzung einen Berichtswunsch zum Thema „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“ zu richten. Der nun vorliegende Bericht bietet auf 132 Seiten eine Fülle von Analysen und Anregungen, die die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages zukünftig für ihre Arbeit nutzen können und aus meiner Sicht auch sollten. Seit der Berichtsanhörung hat sich die Bedeutung der Themen Netzzugang, Medienkonvergenz und Internetentwicklung immer weiter erhöht. Das ist gut so. Bereits vor vier Jahren hat die Bundesregierung in ihrer Breitbandstrategie zu Recht festgestellt, dass leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sind. Und jeder von uns ist sich auch dessen bewusst. Sind sie doch für Wirtschaft und Gesellschaft mittlerweile so bedeutend wie Straßen, Schienen oder wie Gas-, Wasser- und Stromverteilnetze. Insbesondere ländliche Gebiete können von Breitband und seinen Möglichkeiten profitieren. Breitband ist ein unverzichtbarer Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und somit wichtig, um Arbeitsplätze zu sichern sowie die Ertragskraft und Attraktivität insbesondere ländlicher Räume zu steigern.

Meine Damen und Herren, ein ganz kurzer Ausschnitt aus dem, was ich selbst erlebt habe: Ich wohne auf dem Lande, und ich habe einige Freunde, die studieren zum Beispiel nicht weit entfernt in Regensburg, und ich habe den Studenten längere Zeit an den Wochenenden nicht mehr gesehen. Daraufhin frage ich ihn: Was ist los mit Dir, hast Du Dich verliebt, bleibst Du immer dort? Nein, sagt er, ob Du es glaubst oder nicht, das, was ich hier in Regensburg vorfinde an Möglichkeiten der Kommunikation auf den neuesten Sektoren, das kann ich bei mir zuhause nicht nutzen. Da verliere ich zu viel Zeit. In dem Moment war mir wieder so rich-

tig bewusst, dass es alles zu tun gilt, um eben hier die Fläche heranzuführen, nicht gleichzuschalten, aber die Situation dort zu verbessern, weil auch dort nicht Menschen zweiter Klasse wohnen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der im Jahr 2012 erfolgten Novelle des Telekommunikationsgesetzes wurden ergänzend zu den Maßnahmen der Breitbandstrategie der Bundesregierung Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze geschaffen und der Ausbau neuer Netze vorangetrieben, indem der Zugang zu alternativen Infrastrukturen erleichtert und kostengünstige Verlegetechniken für moderne Glasfaserleitungen ermöglicht wurden. Als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie kann ich Ihnen zusagen, ja, ich möchte jetzt doppelt und dreifach unterstreichen, dass wir Ihre Forschungsergebnisse bei unserer Arbeit berücksichtigen werden. Deshalb freue ich mich auf das heutige Fachgespräch, das eine gewisse ergänzende Grundlage zu dem ist, was wir bereits schriftlich mitgeteilt bekommen haben, um daraus eben die Schlüsse zu ziehen, fest Gas zu geben und all das umzusetzen, was in diesem Zusammenhang alles wichtig ist. Nochmals herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, und ich danke auch denjenigen, insbesondere an Sie Frau Kollegin Burchardt, die Sie mit in die Hand genommen haben, dass dieses Fachgespräch zustande gekommen ist oder zustande kommt und viele Kolleginnen und Kollegen sich eben eingefunden haben, um mit Rat und Tat, mit Wissen und auch mit Sachverstand gepaart, hier teilzunehmen und einiges an Botschaften, was Sie uns zu sagen haben, mitzunehmen, damit es eine runde Sache wird und gerade auch hier die neuen Medien in der Fläche den notwendigen Niederschlag finden. Herzlichen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank, lieber Kollege Hinsken, und damit hat Herr Axel Fischer das Wort.

Abg. Axel **Fischer** (Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft): Sehr geehrte Frau Burchardt, lieber Kollege Ernst Hinsken, sehr geehrte Damen und Herren Experten, lieber Herr Prof. Grunwald, meine Damen und Herren Mitarbeiter des TAB und liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zum Fachgespräch „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“. Ich bin der Auffassung, dass damit ein sehr wichtiges Thema heute hier beraten werden darf. Da ich als Berichterstatter für die Technikfolgenabschätzung über mehr als 10 Jahre die Arbeit des TAB kennen und lieben gelernt habe in unterschiedlichsten Themenbereichen, weiß ich auch die Arbeit einzuschätzen und weiß, dass sie zu diesem Thema „Internet“ in der Summe schon einiges gemacht haben in den letzten Jahren. Ich danke Ihnen für eine hervorragende Arbeit der Politikberatung, Ihnen, Herr Prof. Grunwald, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des TAB als auch dem Sekretariat des Ausschusses mit Herrn Kappenstein an der Spitze für das TAB zuständig und natürlich, Frau Vorsitzende, Ihnen und allen Berichterstattern.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir diese Anmerkung: Wenn ich in einem Tagesordnungspunkt lese, Stellungnahmen der Fraktionen und bei fünf dieser Vertreter sind vier in der Internet-Enquete, zeigt das, dass das, was als Sachverstand im TAB oder bei den Berichterstattern für die TA als auch in der Internet-Enquete sehr gut vertreten ist. Ich habe jetzt von der Kollegin Schön und vom Kollegen Jarzombek, die heute auch hier sind, gar nicht gesprochen. Also die Internet-Enquete ist heute stark vertreten, und ich glaube, das erklärt auch, warum wir natürlich die Expertise des TAB an der einen oder anderen Stelle auch mal genutzt haben, was, glaube ich, dringend notwendig und auch vernünftig war. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken für die Arbeit und Sie wissen, Dank ist immer auch die schärfste Form der Bitte. Ich hoffe weiterhin, dass wir vom TAB profitieren können und möchte eines auch ganz klar ansprechen. Wir haben bei der Internet-Enquete-Kommission auch eine besondere Art der Bürgerbeteiligung gepflegt. Jetzt steht die Frage an, wie können diese Bürgerbeteiligung die Erfah-

rungen, die wir damit gemacht haben, auch evaluiert werden. Das ist eine einfache Sache, wir sind zufrieden. Aber wir brauchen auch eine wissenschaftliche Begleitung, und da bin ich sehr froh, Frau Kollegin Burchardt, dass Sie auch schon zugesagt haben mit den Berichterstatlern. Das Interesse besteht, dass ein TAB-Projekt auf den Weg gebracht werden soll, Sie, Herr Prof. Grunwald mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Evolution vorzunehmen. Damit sind wir sicher, dass die wissenschaftliche Expertise passt und stimmt und wir dann auch die Erfahrungen in die Zukunft tragen können. Ich bedauere außerordentlich, dass ich aufgrund der Haushaltsausschusssitzung, die seit 14:00 Uhr läuft, nicht die ganze Zeit an diesem Fachgespräch teilnehmen kann, sondern jetzt gleich wieder entschwinden muss. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, viele interessante neue Aspekte und freue mich auf alles, auch was heute diskutiert wird, was in der Internet-Enquete wieder ankommt. Alles Gute herzlichen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Damit kommen wir direkt zur Seite der Wissenschaft und Herr Prof. Dr. Grunwald hat das Wort.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (Karlsruher Institut für Technologie (KIT)):

Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Herren Vorsitzende, wenn ich das hier so sagen darf. Verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages, meine Damen und Herren, schön, dass Sie da sind. Wir beraten den Bundestag jetzt seit über 20 Jahren, und es ist ungefähr 20 Jahre her, da kam es zu einem Auftrag an das TAB, der vielleicht eine Vorgängeraktivität war, nämlich, eine Studie zu Multimedia zu verfassen. Ich finde es als einen Ausdruck dieser Kontinuität auch sehr schön, dass Ulrich Riehm, der zweite Autor der Studie, die wir heute vorstellen, auch jetzt wieder dabei ist und damals schon dabei war. Das Thema der Medienveränderung, der Veränderung der Medienlandschaft, der Folgen für die Bevölkerung, für die Wirtschaft, insbesondere aber auch für das politische System. Das ist ein Dauerbrenner in unserer Arbeit, und immer wieder kommt es hier mit verschiedenem Fokus dann zu neuen Beauftragungen. Heute finde ich sehr schön,

dass sich drei Ausschüsse für dieses Thema interessieren. Der technische Fortschritt macht ja nicht Halt an den Ausschussgrenzen, sondern er betrifft ja querschnittlich viele Ausschüsse. Dass wir hier heute drei Vorsitzende haben und Mitglieder aus drei Ausschüssen, finde ich eine sehr schöne Konstellation auch für unsere Arbeit. Damit möchte ich aber auch schon das Wort weitergeben an den Projektleiter unserer Studie, Herrn Dr. Beckert.

Dr. Bernd **Beckert** (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI)):

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Herren Vorsitzende, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, zunächst vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, die Ergebnisse des Projekts „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“ in diesem Fachgespräch vorzustellen. Bei den Ergebnissen, die ich heute präsentieren möchte, handelt es sich natürlich um ausgewählte Ergebnisse. In unserer Studie haben wir sehr viele Einzelaspekte des Zugangs analysiert und auch ein breites Spektrum an Handlungsfeldern für die Netz- und Medienpolitik aufgezeigt. Für heute mussten wir deshalb eine Auswahl treffen und noch eine Zuspitzung vornehmen. Ich werde Ihnen also heute drei Hauptergebnisse in konzentrierter Form vorstellen. Zunächst möchte ich aber kurz die Fragestellung und die zwei großen Schwerpunkte der Studie erläutern. In der Studie haben wir versucht, über das tagespolitisch aktuelle hinaus, die größeren Entwicklungslinien aufzuzeigen und so dazu beizutragen, medienpolitische Entscheidungen informierter treffen zu können. Natürlich ist es schwierig, sich bei diesem Thema ganz aus der Tagesaktualität herauszuhalten. Wir haben versucht, wiederkehrende Themen in den größeren Kontext von Medienwandel, Konvergenz und Entgrenzung der Medien zu stellen. Diese Entgrenzung der Medien, die ist für uns heute alltäglich geworden. Mit dem Smartphone kann man Fernsehen, mit dem Computer kann man telefonieren, über den Kabelfernsehanschluss kann man im Internet surfen, und die Zeitung wird auf dem E-Book-Reader gelesen. Diese Entwicklungen sind für uns hier Anwesende heute zunächst einmal nicht neu und auch nicht sonderlich spektakulär, aber für die traditionelle Medienpolitik, für

die Regulierung und nicht zuletzt für die wirtschaftlichen Akteure stellen solche neuen Angebote Herausforderungen in mehrfacher Hinsicht dar. Für die Medienpolitik stellt sich insbesondere die Frage, wie Medieninnovationen ermöglicht werden können, ohne dabei auf normative Aspekte zu verzichten. Normative Aspekte sind hier ganz explizit Meinungs- und Anbietervielfalt, Diskriminierungsfreiheit oder auch ganz grundlegend der Zugang zu Informationen zu den Medien, zum gesellschaftlichen Gespräch.

Vor diesem Hintergrund hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, auf Anregung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, das TAB mit der Bearbeitung dieses Themas, um die Erstellung des vorliegenden Berichts beauftragt. An dieser Stelle möchte ich den Co-Autoren der Studie, Herrn Ulrich Riehm vom TAB, vorstellen. Er wird anschließend in der Frageunde auch als Experte zur Verfügung stehen. Die übergreifende Fragestellung, die uns hier beschäftigt hat, ist zweigeteilt und sie lautet: Wie lässt sich der Medienwandel durch Digitalisierung und Konvergenz beschreiben, und welche medienpolitischen Implikationen ergeben sich hieraus bei dem Zugang zur Informationsgesellschaft? Man kann leicht sehen, dass diese Fragestellungen sehr vieles umfassen können und dass sie sich auf ein Gebiet beziehen, in dem es bereits sehr viele Studien gibt. Deshalb haben wir versucht, über den Begriff des Zugangs zu einer Konkretisierung der Fragestellung zu kommen. Tatsächlich kann man drei Ebenen des Zugangs zur Informationsgesellschaft unterscheiden: Da ist zunächst die technische Ebene. Da ist die Ebene des Zugangs zu den Netzen, und das ist im Internetzeitalter – wir haben es gehört – der Zugang zu den Breitbandnetzen mobil oder im Festnetz. Dann ist mit dem Aufstieg des Internets der Zugang auf der Anbieterseite problematisch geworden, das heißt man muss sich den Zugang von Inhaltenanbietern, Programmveranstaltern und Medienunternehmen zum Netz und zu den verschiedenen Inhalteplattformen anschauen, Stichwort „Netz- und Plattformneutralität“. Und schließlich geht es um den Zugang der Nutzerinnen und Nutzer zu den gesellschaftlich relevanten Informationen, zu Informationen, die heute möglicherweise an anderen Orten zu finden sind als früher. Für die Studie

ergaben sich aus dieser Heuristik ganz konkret zwei Schwerpunkte: nämlich zum einen die Untersuchung der Breitbandstrategien im internationalen Vergleich und zum anderen die Analyse des langfristigen medialen Wandels, eines Wandels, der ja bekanntermaßen alle Mediengattungen erfasst hat und der jeweils spezifische medienpolitische Konsequenzen hat. Die drei zentralen Ergebnisse, die ich gleich näher erläutern will, die speisen sich aus diesen beiden Analyseschwerpunkten. Deshalb möchte ich kurz noch erläutern, wie wir hier im Einzelnen vorgegangen sind – nur auf zwei Folien. Zunächst das Thema „Breitbandpolitik“: Wir haben uns hier die Breitbandstrategien in Australien, Finnland, Großbritannien, Japan und in den USA angeschaut und aufgezeigt, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten anderswo versucht wird, die Breitbandversorgung in der Bevölkerung voranzubringen. Die Untersuchungsdimensionen hier waren Ziele der Strategie: Rolle des Staates, Open-Access-Modelle, Regulierung, Stimulierung der Nachfrage und Monitoring des Fortschritts bei der Breitbandversorgung. Wir haben mit diesem Vergleich, der doch einen großen Teil des Berichts ausmacht, den Bick über den Tellerrand der deutschen Breitbandstrategie gewagt, und es finden sich in unserem Bericht eine ganz Reihe von Anregungen, wie man die deutsche Initiative ergänzen oder erweitern könnte vor dem Hintergrund der internationalen Erfahrungen.

Die erste zentrale Aussage, zu der ich gleich kommen werde, die speist sich eben aus diesem Sechs-Länder-Vergleich und bezieht sich auf die Dimension der Ziele, die in den verschiedenen Strategien formuliert und verfolgt werden. Der zweite Schwerpunkt des Berichts ist die Analyse des langfristigen Wandels vor dem Hintergrund von Digitalisierung und Konvergenz. Wenn man den Aspekt des Zugangs als Ausgangspunkt wählt, dann muss man natürlich zunächst konstatieren, dass das Internet trotz seiner weiter zunehmenden Verbreitung nicht das einzige Medium der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung, der Information und Kommunikation ist. Die Presse, das Radio, das Fernsehen sind ebenfalls Medien des Zugangs zur Informationsgesellschaft. Deren Nutzungsangebote und Nutzungsweisen verändern sich aber mehr und mehr, und herkömmliche Abgrenzungen ver-

schwimmen ganz offensichtlich, aber eben in unterschiedlichem Ausmaß, das heißt, man muss den Wandel der Medien jeweils spezifisch innerhalb der einzelnen Gattungen betrachten. Hier haben wir es uns nicht leicht gemacht. Wir haben für jede der vier Mediengattungen gefragt, welche technischen Entwicklungen waren in den letzten Jahren maßgebend, welche ökonomischen Rahmenbedingungen waren relevant. Hier die Stichworte: Zeitungssterben, Werbekrise oder aber auch neue Geschäftsmodelle im Internet. Damit hat sich das Angebot entwickelt. Stichworte sind hier: Vervielfältigung des Angebots, neue auch hybride Medienformen. Wie hat sich die Nutzungsdauer und die Nutzungsintensität der verschiedenen Medien verändert? Dann haben wir für jede der vier Gattungen gefragt, inwieweit sie vom leitmedialen Wandel betroffen ist und dafür eine Reihe von Kriterien geprüft, über die heute noch zu sprechen sein wird im Zusammenhang mit der Debatte zum Leitmedium Internet.

Weiterhin haben wir uns mit der Konvergenz beschäftigt, mit den neuen hybriden konvergenten Anwendungen wie zum Beispiel Mobile-TV, elektronische Programmführer im Fernsehen oder auch Web-TV und eine ganze Reihe andere. Abschließend ging es bei unserer Analyse dann um die medienpolitischen Herausforderungen, die sich aus all diesen Entwicklungen ergeben und die wir dann überblicksartig herausgearbeitet haben. So viel zum Ansatz und zum Aufbau des Berichts.

Aus der langen Liste der medienpolitisch relevanten Themen haben wir für heute drei Themen ausgewählt, die gleichzeitig die Hauptergebnisse der Studie darstellen. Ich werde diese Hauptergebnisse jetzt im Folgenden kurz vorstellen. Sie werden dann anschließend in den drei Expertenstatements weiter vertieft. Die drei zentralen Ergebnisse lauten:

1. Im Hinblick auf die Breitbandpolitik haben andere Länder z. T. ein ambitionierteres Ziel bei der Breitbandversorgung als Deutschland.

2. Anbieter- und Medienvielfalt stellen sich im Internet nicht von selbst ein. Auch im Internetzeitalter bedarf es einer entsprechenden Regulierung.

3. Das Fernsehen ist nach wie vor das Leitmedium für die öffentliche Meinungsbildung in der Gesamtbevölkerung.

Aber in der jungen Nutzergruppe zeichnet sich eine Verschiebung hin zum Internet ab, und Tageszeitungen verlieren deutlich an Aufmerksamkeit und an Bedeutung.

Das erste zentrale Ergebnis betrifft die Breitbandpolitik. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung formuliert das Ziel, dass in Deutschland bis 2014 drei viertel aller Haushalte Zugang zu einem breitbandigen Internetanschluss mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde haben sollen. „Langfristig“ wird hier formuliert, und es wird kein konkretes Ziel angegeben, sollen solche Highspeed-Anschlüsse dann flächendeckend verfügbar sein. Nun muss man zur Geschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde sagen, dass diese heute bereits von Kabelfernsehanschlüssen und auch VDSL-Ausbaugebieten erreicht werden können. Es bedarf also keiner direkten Glasfaseranschlüsse, um 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Tatsächlich sind wir heute gar nicht so weit davon entfernt, dieses 50 Megabit-Ziel zu erreichen, wie man vielleicht denkt. Das liegt natürlich vor allem daran, dass wir bei den Kabelfernsehanschlüssen eine große Verbreitung haben, und es liegt auch an den Aktivitäten großer Telekommunikationsunternehmen in ausgewählten Ballungsgebieten; nicht überall, aber in vielen großen Städten. Anders sieht es bei den Übertragungsgeschwindigkeiten von 100 Megabit und mehr aus, die, wie Sie hier auf der Folie sehen, fast durchweg in den Strategieplänen der anderen Länder auftauchen. Hierfür bedarf es, in der Tat, direkter Glasfaseranschlüsse, sogenannter „Fibre-to-the-Home-Anschlüsse“, die in Deutschland bekanntermaßen momentan noch äußerst rar sind. Zwar gibt es in Deutschland eine ganze Reihe von Aktivitäten, um die Glasfaservernetzung voranzubringen, zu nennen ist insbesondere hier das NGA-Forum (Next Generation Access Network-Forum) der Bundesnetzagentur. Aber als expli-

zites Ziel in der Breitbandstrategie der Bundesregierung taucht das Thema Glasfaserversorgung noch nicht auf. Wenn man sich die Ziele der analysierten Länder näher anschaut, so fällt auf, dass sie zwar teilweise längere Zeithorizonte haben als die deutsche Strategie, aber bei der Übertragungsgeschwindigkeit, die erreicht werden soll, sind alle Länder ambitionierter als Deutschland. Man könnte sich also fragen, inwieweit eine Nachjustierung der Ziele der Breitbandstrategie in Deutschland nötig und möglich ist. Herr Elixmann wird anschließend gleich in seinem Expertenstatement diese Thematik weiter vertiefen und uns mit weiteren Dimensionen der Breitbandvernetzung vertraut machen.

Die zweite zentrale Aussage lautet: Anbieter und Meinungsvielfalt stellen sich im Internet nicht von selbst ein. Es bedarf weiter der Regulierung, aber möglicherweise ist diese Regulierung an einem anderen Ort zu finden oder findet an einem anderen Ort statt, weil sich auch die Medienmacht an einen anderen Ort verlagert hat. Gemeint ist natürlich das Internet. Diese Aussage bezieht sich ganz explizit oder bezieht Stellung gegen die allgemein weit verbreitete Vorstellung, dass sich im Internet alles von alleine regelt, weil doch jeder potenziell alles publizieren kann, weil es eine beinahe unendliche Vielfalt gibt im Internet von Meinungen, Anbietern und Anwendungen, und weil es offensichtlich keine Hindernisse gibt für neue Angebote und Geschäftsmodelle. Wenn man sich das jedoch genauer ansieht, dann kann man feststellen, dass es mit der Vielfalt faktisch oft gar nicht so weit her ist. Wir können dies auf zwei Ebenen beobachten, nämlich auf der Anbieter- und auf der Nutzerebene.

Zunächst zur Anbieterebene: Hier sehen wir mögliche Einschränkungen der Vielfalt durch die Marktmacht von Verlegern, Sendern und anderen Medienunternehmen, die in ihren angestammten Märkten einer strengen Konzentrationskontrolle unterliegen. Bei der Berechnung der erlaubten Marktanteile wird das Internet aber bisher nicht berücksichtigt. Und es kommt hinzu, wir wissen es alle, es haben sich im Internet eine ganze Reihe neuer Unternehmen etabliert. Genannt seien hier Google, Amazon, Facebook, Apple, die auf ihre eigene Art und Weise

Zugangsbarrieren errichten können. Dann nämlich, wenn sie geschlossene Systeme etablieren, wie dies zum Beispiel bei Amazon Kindle der Fall ist oder auch bei den Apps für iPhone und iPad von Apple. Und natürlich der dritte Punkt, können die großen Telekommunikationsnetzbetreiber den Zugang zu bestimmten Angeboten behindern, weil sie die Gatekeeper für die Einspeisung für die Netze sind. Entsprechend ergeben sich hier Herausforderungen für die Medien- und Netzpolitik. Die Stichwörter sind hier „Netzneutralität“, „Plattformneutralität“, und es stellt sich darüber hinaus die Frage, inwieweit die Transparenzforderung bei Suchmaschinen einen neuen Regelungsbereich darstellen soll.

Die andere Dimension betrifft die faktische Nutzung, was Sie hier rechts auf der Folie sehen. Hier ist zunächst zu konstatieren, dass heute immer noch knapp 30 Prozent der Bevölkerung das Internet eben nicht nutzen. Die aktuellen Ergebnisse der Medienforschung zeigen, dass bei denen, die heute das Internet nutzen, das Repertoire oft eingeschränkt ist auf nur wenige Sides und Inhalte, die tatsächlich rezipiert werden. Also die Vielfalt findet hier demnach eher in Nischen statt als bei der Mehrheit der Nutzer. Die medienpolitischen Implikationen sind hier mit den Stichwörtern „digitale Kluft“ und „Medienkompetenz“ benannt. Frau van Eimeren wird diese Aspekte in ihrem Expertenstatement gleich näher beleuchten. Das dritte zentrale Ergebnis unserer Studie bezieht sich auf die Leitmediumdebatte, und hier lautet unser Befund, das Fernsehen ist nach wie vor das Leitmedium für die öffentliche Meinungsbildung in der Gesamtbevölkerung. Aber in der jungen Nutzergruppe zeichnet sich eine Verschiebung ab. Die Tageszeitungen verlieren deutlich. Die Grafik, die wir hierzu ausgewählt haben, die stammt aus der aktuellen Massenkommunikationsstudie. Sie zeigt die Entwicklung der Reichweiten tagesaktueller Medien seit 1970, also eine sehr langfristige Entwicklung. Bei der Ermittlung von Reichweiten wird eine repräsentative Gruppe gefragt, welche der folgenden Medien sie am Vortag – gestern – benutzt haben. Das ist ein relativ einfacher Indikator. Hier zeigt sich, dass das Fernsehen in der Gesamtbevölkerung weiterhin das Medium mit der höchsten Reichweite ist. 85 Prozent aller Befragten gaben an, am Vortag ferngesehen zu haben, und geringfü-

gig weniger haben Radio gehört. Also der Rundfunkbereich liegt weiter deutlich vorn. Man sieht aber auch auf der Grafik, dass es seit dem Jahr 2005 keine Zuwächse mehr gegeben hat, und man sieht den steilen Aufstieg des Internets natürlich beginnend mit dem Jahr 2000. Ein kontinuierlicher Abstieg zeigt sich bei den Tageszeitungen. Hier ging die Reichweite seit den 70er Jahren zurück auf heute nur noch etwas über 40 Prozent. Wenn man bedenkt, dass die Tageszeitung lange Zeit das klassische Leitmedium der öffentlichen Meinungsbildung war, dann kann man sagen, dass diese Entwicklung natürlich drastisch ist und entsprechende Konsequenzen hat. Bei der nächsten Grafik haben wir die Entwicklung der Reichweiten von Tageszeitungen, Fernsehen und Internet in der jungen Altersgruppe, den heute 14- bis 29-Jährigen abgebildet. Auch hier haben wir die Zahlen der Studie „Massenkommunikation“ verwendet, und der Befund, dass das Fernsehen nach wie vor die höchste Reichweite hat, trifft in der Tat auch auf die junge Altersgruppe zu. Dort hat die Fernsehnutzung in den letzten fünf Jahren zwar abgenommen und die Internetnutzung ist entsprechend angestiegen. Das Fernsehen hat aber bei den Reichweiten – wie übrigens auch bei der täglichen Nutzungsdauer – noch einen leichten Vorsprung. Dennoch ist es natürlich gerade diese Altersgruppe, die für neue Impulse bei der Mediennutzung sorgt und die dafür verantwortlich ist, dass die Reichweite des Fernsehens im Durchschnitt aller Altersgruppen seit 2005 insgesamt leicht zurückgegangen ist. Den gleichen Effekt sehen wir natürlich auch bei der Entwicklung der Reichweite der Tageszeitungen, die in der jungen Altersgruppe sehr stark abfällt. Wodurch sich eben auch die Gesamtreichweite deutlich reduziert. Nun ist die Reichweite aber nur ein Indikator. Es können natürlich eine Reihe weiterer Indikatoren herangezogen werden, um den Wandel in der Bedeutung der verschiedenen Medien zu beschreiben. Darauf wird Herr Prof. Dr. Hasebrink vom Hans-Bredow-Institut gleich anschließend in seinem Expertenstatement auch noch eingehen. Insgesamt sprechen eine ganze Reihe von Indizien dafür, dass das Fernsehen auf lange Sicht seine Spitzenposition verlieren wird, aber dies weniger weil das Fernsehen selbst an Bedeutung verliert, als vielmehr deshalb, weil die Online-Kommunikation an Bedeutung gewinnt. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass die Frage nach dem Leitmedium keine rein akademi-

sche Diskussion ist, sondern dass hier ganz konkrete Konsequenzen mit der Leitmediumzuschreibung verbunden sind. Diese Konsequenzen sind zum einen Privilegien und zum andern inhaltliche und qualitätsbezogene Auflagen. Als Beispiel für die Privilegien ist hier auf der Folie die Frequenzuteilung genannt. Wir haben ja schon einmal einen Vorgeschmack bekommen auf die konkreten Auswirkungen der Leitmediumdebatte, nämlich als die Fernsehfrequenzen, die durch die Digitalisierung freigeworden sind, damals zu einem großen Teil an die Mobilfunknehmer gegangen sind. Diese hatten damals erfolgreich argumentiert, dass der mobile Internetzugang von größerer gesellschaftlicher Bedeutung sei als die Übertragung zusätzlicher Fernsehkanäle. Bei den Auflagen, die für ein Medium mit leitmedialer Funktion bedeutsam sind, sind hier die Beispiele Werbezeitenregelung oder Qualitätsstandards aufgegriffen. Wenn es tatsächlich diesen Wandel der leitmedialen Funktion zum Internet hin gibt, dann stellt sich die Frage für die Zukunft der Netz- und Medienpolitik ohnehin, aber vielleicht auch schon für unsere heutige Diskussion, welche Privilegien und welche Auflagen, denn auf das Internet übertragen werden sollen, und welche möglicherweise in Zukunft im Print- und Rundfunkbereich, dann wegfallen können oder sollen. So viel zu den zentralen Befunden der Studie. Zunächst vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Für Fragen zur Studie stehen Ulrich Riehm und ich nach den Statements gerne zur Verfügung.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Bevor ich das Wort jetzt weitergebe an die weiteren Gutachter und Sachverständigen, schon einmal die Information für unsere Gäste: Nach den Berichterstattem haben Sie das Wort, weswegen wir alle, die hier unten sitzen auch an den Zeitplan denken sollten, damit die Gäste tatsächlich auch noch die Chance haben, Fragen zu stellen bzw. kritische Kommentare abzugeben. Denn das ist ja mit einer der Zwecke dieser Veranstaltung. Und damit hat Herr Elixmann das Wort.

Dieter **Elixmann** (Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste Bad Honnef (WIK)):

Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Herren Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte die Freude, die Studie zum Breitbandthema zu bearbeiten und möchte Ihnen heute in Form von Thesen für mich wesentlich erscheinende Aspekte vorstellen, die sich insbesondere auf für mich relevant erscheinende Perspektiven aus der Breitbandpolitik konzentrieren. Das ist zum einen zunächst der internationale Kontext. Dann das Thema „Bandbreiten“, das Thema „Bandbreitenbedarf“ respektive „Zahlungsbereitschaft“. Und ganz zum Schluss möchte ich gerne noch einmal auf die Rolle des Staates zurückkommen. Es ist tatsächlich so, und nicht nur in den sechs untersuchten Ländern, es ist nicht einmal in den OECD-Ländern so, es gibt eine Vielzahl von Ländern, die sogar weit über die Zahl der OECD-Länder hinausgehen, in denen es Breitbandstrategien gibt mit einer mehr oder weniger großen Zahl von differenzierten Einzelzielen, die sich insbesondere fokussieren auf die technischen Parameter. Das sind die eben genannten Megabit oder z. T. auch Gigabit wie in Korea. Zeitliche Parameter, das darf nicht überraschen, die Frage der Abdeckungsgrade, wie viel Prozent der Bevölkerung sollen eigentlich abgedeckt werden? Es gibt in der Regel auch spezielle Ziele und Instrumente für unterversorgte und ländliche Gebiete, und nicht zuletzt ist auch in einer Reihe von Ländern festzustellen, dass es eine Einbettung der Breitbandstrategie in eine weitergehende IKT-Strategie des Landes gibt. These ist, der volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen von Breitbandinfrastruktur im Allgemeinen und der hochbitratigen Infrastruktur im Besonderen, der gilt als gesetzt. Aber es gibt keine wirklich belastbare empirische Untersuchung des Kostennutzens in einer ex-ante-Betrachtung des hochbitratigen Breitbandausbaus. Die Politiker entscheiden letztendlich mit dem Wissen, insbesondere in einem Land wie Australien, wo der Staat im Grunde den gesamten Ausbau faktisch übernimmt. Sie entscheiden mit der Überzeugung, das bringt Nutzen, aber nicht mit einer Quantifizierung des Nutzens und einer Gegenüberstellung mit Blick auf die Kosten. Die Treiber, die

immer wieder erwähnt werden, sind die Implikationen für Standort- und Innovationsvorteile für den internationalen Wettbewerb.

Der nächste Punkt, Herr Beckert hat eben schon einige Aspekte von Breitbandstrategien genannt. Es werden in der Regel eigentlich immer bestimmte Bandbreitenziele vorgegeben, 100 Megabit, 30 Megabit, 50 Megabit usw. Ganz grundsätzlich, es gibt mindestens drei verschiedene Perspektiven, die ich Ihnen hier mal kurz aufgeschrieben habe. Wie man eben ein solches Bandbreitenziel interpretieren kann. Die erste, es ist die theoretisch beworbene, aber nur die Download-Geschwindigkeit; also wie schnell kann ich etwas aus dem Internet runterziehen? Die zweite Ebene wäre, wenn mir diese Download-Geschwindigkeit tatsächlich immerwährend 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr garantiert würde, und die dritte Ebene wäre nicht nur die Download, wie viel kann ich runterziehen, und wie schnell geht das, wie ist diese Geschwindigkeit, sondern auch in der umgekehrten Richtung, also in der Upload-Richtung, wenn mir diese Download- und Upload-Geschwindigkeit tatsächlich garantiert würde. Je nachdem, wie Sie diese Ziele interpretieren, gibt es signifikante Auswirkungen auf die in Frage kommenden Technologien, respektive natürlich auch auf die Ausbaurkosten.

Ich habe eine zweite These hinzugefügt, die feststellen soll, selbst wenn Sie Geschwindigkeit und Symmetrie eindeutig definieren und festlegen, dann bedeutet das doch nicht, dass sie tatsächliche volkswirtschaftlich und gesamtgesellschaftliche Ergebnisse auch tatsächlich erreichen. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück. Das ist nicht identisch, oder umgekehrt gesagt, wenn sie volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Ergebnisse erreichen wollen, muss man mehr tun, als nur Geschwindigkeiten und Symmetrieeigenschaften von Technologien festlegen.

Nächster Punkt ist das Thema „Nachfrage“, dazu habe ich zwei Folien. Nur kurz den Hintergrund, dies hier ist eine Aufbereitung von Material einer Studie, die

von der Firma Cisco jedes Jahr herausgegeben wird, die aber nach Lage der Dinge als neutral angesehen werden kann. Sie sehen in diesen blauen Kästchen, die nach rechts oben hin ansteigen, dass der globale Internetverkehr, das ist gemessen in Exabytes – fragen Sie mich bitte nicht, wie viel das sind, es ist sehr viel – pro Monat. Sie sehen, das steigt an, von 2011 31 bis auf 110. Das ist also ein signifikantes Wachstum, aber – und das ist diese rote Linie, die von links oben nach rechts unten geht – die Wachstumsrate nimmt ab. Also der globale Internetverkehr wird bis 2016 signifikant ansteigen, aber die Wachstumsrate geht zurück, was sehr faszinierend ist. Obwohl die Bandbreitenanforderungen, die Bandbreitennutzungen sehr gewachsen sind im Zeitablauf, ist der Internetverkehr, statistisch gesehen, der ist bis heute nicht symmetrischer geworden, das heißt wir laden mehr runter, wir laden auch mehr rauf. Aber das Verhältnis von runter und rauf hat sich nicht sehr stark verändert, trotzdem wir ja sagen, es gibt eigentlich sehr viel mehr von uns selbst als Endkunden generierten Verkehr.

Nächster Punkt ist, wie viel Bandbreitenbedarf wird es eigentlich geben? Ich hatte mit einem Kollegen von mir jetzt gerade eine Studie abgeschlossen, die wir für „Liberty Global“ gemacht haben, die ist auch öffentlich verfügbar. Wo wir uns mal gefragt haben, wie könnte man eigentlich den durchschnittlichen Bedarf an Bandbreite für die Zukunft berechnen? Und wir haben gewisse Daten herangezogen, die aber belastbar sind und sind doch überrascht gewesen – das ist diese Kurve links unten –, wenn man sich diese Kurve anschaut, der durchschnittliche Bedarf in der Hauptverkehrsstunde, das ist also die Stunde eines Tages, in der der größte Verkehr auf dem Netz abgewickelt wird, der durchschnittliche Bedarf in der Hauptverkehrsstunde ist relativ gering. Der liegt bei zwei Megabit pro Sekunde. Der durchschnittliche Bedarf, was nicht bedeutet, dass es im Einzelfall sekunden- oder minutenlang durchaus einen ganz großen Bedarf geben kann. Und natürlich ist die Varianz um diesen Durchschnitt zum Teil sehr groß. Aber das bedeutet, natürlich nimmt nicht jeder Nutzer zu jedem Zeitpunkt die maximale Kapazität in Anspruch. Deshalb dürfte aus mittlerer Sicht durchaus Potenzial für Technologien da sein, bei denen im Grunde genommen sich verschiedene Kon-

sumenten, verschiedene Nutzer die Kapazität teilen das „Shared Use“. Das dürfte zum Beispiel das Kabelnetz sein, aber eben auch drahtlose Technologien. Nichts desto weniger bieten hohe Bandbreiten natürlich die Möglichkeit, schneller Applikationen runterzuladen, bzw. es ist ganz deutlich, es ist eben auch sicher ein Anreiz zur Entwicklung von Applikationen mit entsprechend höherem Bandbreitenbedarf und deren Bereitstellung.

Vorletzter Punkt, Zahlungsbereitschaft: Es ist so, alle empirischen Untersuchungen, die es gibt – und es gibt derer viele –, zeigen klare Hinweise auf eine hohe Zahlungsbereitschaft, aber eben auch nur für einen Basisbreitbandanschluss. Eine Zahlungsbereitschaft, eine inkrementelle Zahlungsbereitschaft für ultrahohe Bandbreiten, also für sehr hohe, sagen wir mal von 30 auf 50 oder von 30 auf 100, ist die Zahlungsbereitschaft als solche relativ limitiert. Sie liegt – so sind verschiedene Untersuchungen aus Europa, Frankreich, Deutschland – bei 5 Euro pro Monat. Cisco hat in Kansas City ein Netz ausgelegt und das ist jetzt zu 100 Prozent praktisch ausgelegt, Stand letzte Woche. Es haben sich 30 Prozent derjenigen, die angeschlossen werden können, bereit erklärt, einen Obolus von 10 Dollar monatlich zu entrichten, um sich anschließen zu lassen. Das ist eine Glasfaserinfrastruktur bis zum Haus. Gleichwohl, meine These ist, mit zunehmender Nachfrage der Endkunden und mit zunehmender Verfügbarkeit von hochbitratigen und, natürlich aus der Sicht des Endkunden, werthaltigen Diensten und Applikationen, wird die Zahlungsbereitschaft zunehmen. Die These ist einfach, für reine Bandbreite gibt es keine oder eine nur sehr begrenzte Zahlungsbereitschaft.

Letzter Punkt: Wie hängen eigentlich Abdeckungsgradkosten und die Rolle des Staates im Einzelnen zusammen? Ich habe Ihnen hier mal einige Ergebnisse vorbereitet, die sind sehr kleingedruckt, aber die stammen aus Studien, die wir vom WIK in den vergangenen zwei Jahren, drei Jahren gemacht haben. Ich habe Ihnen hier einmal ein paar Einschätzungen und Größenordnungen zusammengefasst. Also Investitionen in dicht und dünn besiedelten Gebieten unterscheiden sich signifikant. Das gilt im Übrigen für jedes Land. In Deutschland ist das der Faktor

drei bis vier. Also, wenn Sie die Berliner Innenstadt mit dem ganz flachen Land, was die Agglomerationsdichte eben angeht und die Kosten eines Ausbaus mit Glasfaser bis zum Haus ansehen, ist das der Faktor drei bis vier.

Zweiter Punkt, Sie können natürlich die Ökonomie des Breitbandausbaus durch verschiedene Instrumente verbessern, die ja auch weithin diskutiert sind – Kooperation, Infrastruktur, Sharing. Man könnte auch daran denken, die dünn besiedelten Gebiete werden von dichter besiedelten Regionen quer subventioniert. In den dichter besiedelten Gebieten ist es kostengünstiger und das, was sozusagen an rechnerischen Überschüssen in der dicht besiedelten Welt erzeugt wird, wird quer subventioniert, und es wird in dünn besiedelten Gebieten ausgebaut. In Deutschland, haben unsere Berechnungen ergeben, kann die Reichweite nahezu verdoppelt werden. Allerdings bleiben trotzdem immer noch die dünner besiedelten und sehr dünn besiedelten Cluster, 14 bis 20 sind das nach unseren Berechnungen, also das ist sozusagen – ich sage es mal so – das platte Land. Die bleiben defizitär, und deswegen gibt es da keinen Anreiz auszubauen.

Natürlich können Sie auch daran denken, das ist der nächste Punkt, dass sich die Zahlungsbereitschaft, auf welche Weise auch immer, erhöht. Wir haben ausgerechnet, dass entweder alle Kunden kostenorientierte Preise, die aber dann natürlich geografisch differenziert sind, zahlen würden, und die lägen in Deutschland zwischen 30 und 70 Euro. 30 Euro in den dicht besiedelten, 70 Euro in den nicht besiedelten Gebieten, oder alle Kunden zahlen tatsächlich 6 Euro pro Monat mehr, auch die in den dicht besiedelten Gebieten. Die subventionieren damit eben die dünner besiedelten Gebiete.

Letzter Punkt wäre, was ist mit einmaligen Investitionszuschüssen? Das gibt es im Übrigen auch in einigen anderen Ländern wie Finnland. Kunden bekommen einen gewissen Zuschuss, um sich an eine Breitbandinfrastruktur anschließen zu lassen. In Deutschland wäre der erforderliche Zuschuss pro Endnachfrager in der Größenordnung von 100 Euro als untere Grenze, bis 2.400 Euro als obere Grenze.

Für einen landesweiten Ausbau, wenn man alles zusammen addieren würde, wären 14 Mrd. Euro Zuschuss nötig. Das bringt mich zu meiner abschließenden These. Die vollständige Abdeckung mit Breitbandinfrastruktur ist in keinem Land der Welt unter Marktbedingungen, das heißt bei den Risikoerwartungen, Risikopräferenzen und Risikoabgeltungsbedingungen eines Marktes profitabel darstellbar. In Deutschland kann man je nach Architektur weniger als 50 Prozent – wir kommen auf 45 Prozent – der Anschlüsse profitabel darstellen. Wenn man also einen Vollausbau haben wollte oder auch nur einen annähernden Vollausbau, ist eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, sei es direkt über Bürgschaften, sei es in Trägerschaft – wie auch immer – unabdingbar. Das ist mein letztes Statement. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende:

Sehr herzlichen Dank, und nun hat Frau van Eimeren das Wort.

SV Birgit van **Eimeren** (Bayerischer Rundfunk Unternehmensplanung und Medienforschung):

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kollegen. Ich darf Ihnen etwas über die Offliner erzählen. Wer sind sie, welche Berührungspunkte haben sie zur digitalen Welt? Ich möchte das Statement ergänzen, wie kompetent sind eigentlich die Onliner? Gibt es da auch welche, die vielleicht verkappte Offliner sind mit Internetzugang?

Zunächst zu den Offlinern. In Deutschland sind 76 Prozent der Menschen online, das heißt, 24 Prozent sind offline. Das sind rund 17 Mio. Menschen. Die Schwelle zwischen dem Status online/offline, die liegt bei einer Grenze von 60 Jahren. Also unter den unter 60-Jährigen ist nahezu jeder online. Bei den über 60-jährigen bis 69-Jährigen sind nur noch 63 Prozent im Netz. Bei den über 70-jährigen nur noch 20 Prozent. Wenn man an die Offliner denkt, dann denkt man vor allen Dingen an ältere Frauen. Das ist auch richtig. Unter den über 70-jährigen älteren Frauen ist nur noch jede zehnte online. Für die mehr oder weniger freiwillige Entscheidung,

online zu sein, gibt es vielfältige Gründe. Die wichtigsten sind mangelnde Computer- und Internetkompetenz. Man scheut die Anschaffungskosten und die Anschlusskosten, vielleicht auch dann die Erfahrungen, die man dann macht mit den Providern. Und schließlich herrscht aber auch bei vielen Offlinern die Vorstellung vor, dass man das Internet eigentlich gar nicht braucht, weil man ja über andere Medien bestens informiert ist. Tatsächlich sind Offliner überdurchschnittliche Nutzer der alten Medien, beispielsweise die Tageszeitungen; 67 Prozent greifen jeden Tag zur Tageszeitung. Im bundesdeutschen Schnitt sind es gerade mal 50 Prozent. Natürlich haben die Offliner auch Vorstellungen: Was ist die digitale Welt, was kann ich vom Internet erwarten? Es ist ja auch unvermeidlich, weil Fernsehen, Hörfunk, Tageszeitungen ja immer auch auf die Aktivitäten hinweisen und ihre Websites. Von den Offlinern gibt es die Vorstellung, ich glaube durch die Zahlen kommt es so in den Köpfen dann auch rüber, dass es sich hier um eher zurückgezogene passivere ältere Menschen handelt. Das trifft auch für die meisten Offliner zu, nämlich auf vier von fünf Offlinern. Allerdings, jeder fünfte Offliner fällt in die Gruppe – wenn ich jetzt mal typologisch sprechen darf – der klassisch Kulturorientierten, also Vertreter des klassischen Bildungsbürgertums oder der vielseitig Interessierten. Das sind immerhin 20 Prozent der Offliner oder 3,4 Mio. Menschen, von denen man eigentlich erwarten würde, dass sie im Internet sind. Für sie spielen auch weniger mangelnde PC-Kenntnisse eine Rolle oder dass sie die Kosten scheuen, sondern ihr Offlinestatus ist auch ein bewusster Akt, dass sie sagen, ich habe so vielseitige Interessen, habe so viele Medien, die ich nutze und sicherlich auch ein gewisse Skepsis gegenüber der Technologie. Wenn Sie sich die Zahlen anhören, vier von fünf Offlinern sind eher passiv, ein Fünftel aufgeschlossen, kann man sicherlich davon ausgehen, dass nicht alle Offliner baldigst zu Onlinern werden. Aber dieses Fünftel, diese 3,4 Mio. Menschen der aufgeschlossen, gehe ich davon aus, durch einfache Zugangswege vor allen Dingen durch einfach zu bedienende Endgeräte Tablets, dass in fünf Jahren, dass dann viele online sind und unsere Onlineverbreitung in Deutschland sicherlich bei 82 bis 83 Prozent sein wird. Natürlich kann man auch sagen, die Älteren wird es vielleicht irgendwann nicht mehr geben, und dann haben wir die völlige digitale

Gesellschaft. Ich glaube, man würde es sich hier zu einfach machen, wenn man sagt, die Passiveren, die sterben aus, und dann sind alle online, weil, wie viele Studien belegen und auch die ARD/ZDF-Online Studios, die ich hier vertreten darf in diesem Ausschuss, zeigen auf, dass die Trennlinie zwischen digital versiert und nicht digital versiert, nicht mehr zwischen jung und alt, online und offline liegt, sondern entlang derer, die das Internet als Informations-, Aktions- oder Kommunikationsradius voll ausschöpfen und denjenigen, die es nicht können oder nicht wollen. Das sind laut ARD/ZDF-online Studios 2012 immerhin 43 Prozent der deutschen Onliner, die hier nur sporadisch und sehr selektiv das Internet nutzen, und die sind gar nicht mal so alt. Wir haben vorhin gehört, der durchschnittliche Offliner ist 68 Jahre alt. Die Rand- und Selektivnutzer sind im Schnitt 45 Jahre alt. Das bedeutet, zusätzlich zu den 17 Mio. Offlinern in Deutschland haben wir noch rund 23 Mio. Menschen, die die Möglichkeiten des Internets nicht ausschöpfen, also die mal googeln und E-Mails nutzen. Das kann auch für die E-Partizipationsprojekte oder die Liquid-Democracy-Projekte, die in den letzten Jahren entstanden sind, zum Problem werden, weil die ja auch voraussetzen, dass sich möglichst viele Menschen an ihnen beteiligen. Zurzeit scheint es jedoch, das belegen Studien, dass sich vor allen Dingen diejenigen beteiligen, die ohnehin aktiver sind. Die – das hat der Kollege Stephan Eisel auch gesagt – über Zeitreichtum verfügen, und es zeigt sich auch, dass sich die meisten Menschen bei diesen E-Partizipationsprojekten in der Praxis zurückziehen, sobald die Themen zu komplex werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auch kurz auf die Frage nach den Leitmedien eingehen. Dazu wird gleich Herr Prof. Dr. Hasebrink detailliert referieren. Aber Leitmedien haben ja wegen ihrer journalistischen Relevanz für den öffentlichen Diskurs noch ein weiteres Merkmal, dass sie nämlich von weiten Teilen der Bevölkerung ohne großen Aufwand, ohne große Kenntnisse genutzt werden können. Hinsichtlich dieses Merkmals „Massenrelevanz“ kann man feststellen, sind die Deutschen noch deutlich zurückhaltender als in anderen Ländern. Erfahrungen mit Weblogs haben erst 7 Prozent der deutschen Onliner, das

sind 5 Prozent der deutschen Bevölkerung. Der Mikroblogging-Dienst Twitter, den nutzen 4 Prozent der Onliner. Nichtsdestotrotz haben diese Blog- und Twittermeldungen wachsende Relevanz für die öffentliche Meinungsbildung, gerade weil klassische Medien Fernsehen, Print, Hörfunk und Internet immer mehr zusammenwachsen und verschmelzen und sich so gegenseitig in ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit befördern. Ich glaube, in dieser Verschränkung liegt auch die Chance, also der Verschränkung zwischen Fernsehen, Print, Hörfunk auf der einen Seite, Internetangebote auf der anderen Seite, möglichst viele Menschen zu mobilisieren, sich an derartigen Projekten zu beteiligen, und wenn man einen Blick in die USA wirft – dem Mutterland der politischen Kommunikation im Netz –, dann stellt man fest, dass dort auch die politischen Diskussionsforen die „Angry-White-Men“ beherrschen. Ich würde es auf Deutsch vielleicht als „Wutbürger“ übersetzen. Das führt mich abschließend zu einer Aussage des Soziologen Ralf Gülden-zopf, der hier die Frage gestellt hat: Was passiert, wenn wenige zehntausende gut ausgebildete und mit dem Internet vertraute junge Menschen die Agenda einer ganzen Nation bestimmen? Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zum Hans-Bredow-Institut und bleiben in der Reihenfolge, wie Sie platzgenommen haben. Dann bitte, Herr Professor Hasebrink.

Prof. Dr. Uwe **Hasebrink** (Hans-Bredow-Institut, Universität Hamburg):

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, mittlerweile rundet sich das Bild. Ich hoffe, es deswegen auch besonders kurz machen zu können. Im Rahmen des Gesamtgutachtens war die Fragestellung, die uns aufgegeben war und die uns interessiert hat, inwiefern können wir heute, angesichts der sehr stark ausdifferenzierten Medienangebote, überhaupt noch sinnvoll von Leitmedien reden. Ist das Internet das neue Leitmedium? Auf diese Frage möchte ich nachher eine Antwort geben. Warum erscheint das medienpolitisch wichtig? Viele medienpolitische Maßnahmen gehen davon

aus, dass es eine bestimmte Mediengattung ist, die besonders relevant ist, der eher ein Leitmediumcharakter zugewiesen wird. Kurz bemerkt, Sie brauchen das oben nicht zu verfolgen, es gibt zu dieser Präsentation ein Handout, was ihnen vorliegen sollte, an dem kann man es leichter verfolgen. Viele medienpolitische Maßnahmen knüpfen daran an, dass bestimmten Medien eine besonders wichtige Funktion in der Gesellschaft zugeschrieben wird, also eine Art Leitmediumcharakter. In unserer Medienordnung ist das bisher eindeutig das Fernsehen. Insofern setzen viele Regelungen vor allen Dingen am Fernsehen an. Sehr prominentes Beispiel ist etwa die Kontrolle zur Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht, die am Zuschauer-Anteilsmodell für das Fernsehen ansetzt. Das Argument dabei ist, dass das Fernsehen über ein besonders hohes Wirkungspotenzial verfügt. Es ist aktuell, es hat eine Breitenwirkung, es hat eine gewisse Suggestivkraft, wie das dann zum Beispiel in den entsprechenden Verfassungsgerichts begründungen lautet. Angesichts der Konvergenz, mit der wir im Moment konfrontiert sind, lautet die Frage: Ist der Anlass für diese Sonderrolle noch gegeben? Ist es noch sinnvoll, so stark beim Fernsehen anzusetzen? Die Frage stelle ich schon leicht suggestiv. Oder ist nicht mittlerweile das Internet als das Leitmedium anzusehen?

Der Ausgangspunkt für die Überlegungen, auf die ich mich hier konzentrieren möchte, ist die Nutzerperspektive. Inwiefern kann ich an dem Nutzerverhalten und den Nutzern feststellen, ob das eine oder das andere Medium tatsächlich ein Leitmedium ist? Dazu zwei Kriterien, die ich hier kurz anführen kann, weil sie zum Teil schon in anderer Weise angesprochen worden sind. Ich kann diese Frage einmal anhand der Reichweite beantworten, wie es schon geschehen ist, oder, was ich jetzt hier machen möchte, anhand der Nutzungsdauer, also dem Anteil der Mediennutzung, den die Menschen einem bestimmten Medium widmen. Es ist plausibel, dass das Medium, das mehr Zeit der Bevölkerung in Anspruch nimmt, ein wichtigeres ist als das, was weniger Zeit beansprucht. Was mir heute besonders wichtig ist: Welche Funktionen schreiben die Menschen den betreffenden Medien tatsächlich zu? Halten sie sie für wichtig, für ihre öffentliche, für ihre

individuelle Meinungsbildung. Das sind die beiden Punkte, die ich kurz ansprechen möchte.

Hier zunächst das erste Kriterium: Welchen Anteil haben die vier wichtigsten Mediengattungen, die uns hier heute interessieren, Internet, Fernsehen, Radio und Zeitung an dem Gesamtzeitbudget? In der Gesamtbevölkerung, das ist diese obere Grafik, ist es nach wie vor so, dass Fernsehen und Hörfunk im Hinblick auf die Nutzungsdauer vorne anstehen. 39 Prozent und 38 Prozent der Gesamtnutzung dieser vier Medien entfallen auf die beiden Rundfunkmedien. Ich habe von den heute schon mehrfach angesprochenen Möglichkeiten, Mediennutzertypen zu unterscheiden, wie sie etwa von der ARD-ZDF-Medienforschung regelmäßig publiziert werden, nur zwei herausgenommen, die auch nicht klein sind: die sogenannten jungen Wilden. Bei der jüngsten Altersgruppe können wir feststellen, dass der Block für das Internet 40 Prozent ausmacht. Damit nimmt das Internet vor dem Fernsehen und dem Radio die größte Rolle ein. Dies bietet Anlass zu sagen, dass wir nicht mehr unbestritten davon ausgehen können, dass das Fernsehen das Leitmedium ist. Die Menge der Nutzung war mein erster Indikator.

Der zweite Indikator hat sich mittlerweile, gemessen an unserem Gutachten, geändert, weil der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien letztes Jahr im Bundestag eine neuere Studie über die Informationsrepertoires der Gesellschaft präsentiert hat. Ich gehe mit Ihnen im Moment nur den obersten Balken durch. Auf die allgemeine Frage an die deutsche Bevölkerung, welches sind die drei wichtigsten Informationsquellen, in denen sie sich persönlich informieren, haben wir offene Antworten geben lassen. Sie konnten drei verschiedene Medien nennen. Das Obere gibt wieder, welchen Anteil die vier Medien an diesen Antworten haben. Explizit ausgedrückt, 32,6 Prozent nennen da Internetangebote, 26,4 Prozent nennen Fernsehangebote, usw. Achten Sie bitte darauf, dass dieses Ergebnis die 14- bis 29-jährigen betrifft, ich will es von vornherein zuspitzen. Das ist die jüngere Altersgruppe. Wir können sagen, dass der größte Anteil auf das Internet entfällt, es ist also ein wichtiges Informationsmedium, und wir hatten

einen weiteren Indikator, dass das Leitmedium das Internet ist. Interessanterweise, dies nur ganz cursorisch, haben wir die Wichtigkeit für verschiedene Informationen und Funktionen abgefragt: Wenn es konkret um Deine/Ihre politische Meinungsbildung geht, was sind dann die drei wichtigsten? Das ist der zweite Balken. Da stellen wir fest, dass auch bei der jungen Zielgruppe der 14- bis 29-jährigen, deutlich häufiger Fernsehangebote genannt werden. 35,2 Prozent nennen da das Fernsehangebot. Dann folgte das Internet mit 28 Prozent usw. Ich springe einmal nach unten: Wenn wir die Befragten 14- bis 29-jährigen danach fragen, wenn Du dich über Deine Region informieren willst, was sind dann die drei wichtigsten Informationsangebote, dann nennen 40 Prozent der Jüngeren die Tageszeitung. Dieser Punkt ist für das spätere Argument sehr wichtig. Wir sind von der Ausgangsfrage gestartet, ist eine bestimmte Mediengattung eigentlich das Leitmedium? Ist es das Fernsehen oder ist es das Internet? Vor dem Hintergrund dieser Befunde mögen Sie jetzt meine Strategie, auf die Ausgangsfrage zu antworten, als typisch wissenschaftliche Ausweichbewegung betrachten, insofern als ich auf die Frage zunächst einmal sage, ja, es gibt auch heute noch Leitmedien. Es gibt zwar eine Fragmentierung der Publika. Auf die Fülle der Angebote verteilen sich zwar die Menschen in zum Teil sehr kleinen Publika, dennoch ist die Frage danach, welche Medien, und vor allen Dingen welche Medienanbieter, besonders großen Meinungseinfluss haben, nach wie vor relevant. Denn gerade in dem vermeintlich vielfältigen Internet sehen wir fast die intensivsten Konzentrationsbewegungen aus guten und auch schlechten Gründen. Da sind unter anderem die Erfolgsgeschichten von Google, YouTube und Twitter. Wir haben sehr starke Konzentrationen der Nutzung auf einzelne Angebote. Deshalb führen wir die Debatte, ob es Leitmedien gibt, und deswegen ist genau zu beobachten, welchen Einfluss sie auf unsere Meinungsbildung haben. Wir könnten auch nein sagen: Die Frage nach den Leitmedien ist uninteressant. Sie dient uns nur dazu, die unübersichtliche Entwicklung der Medien und Kommunikationslandschaft für uns übersichtlicher zu gestalten. Dann ist das Fernsehen das wichtigste Medium. In Zukunft wird es vielleicht das Internet sein, und Radio und Fernsehen werden an Bedeutung verlieren. Das ist eine Entlastungsfunktion für den Diskurs und vielleicht auch leicht-

ter für politische Maßnahmen. Daher würde ich sagen, dass es nicht mehr gerechtfertigt ist, von Leitmedien zu sprechen. Denken Sie an den Befund. Ich plädiere dagegen, die Zeitung abzuschreiben. Darauf deutet der Umstand hin, dass selbst bei den Jüngeren die Zeitung in speziellen Funktionen wichtig ist.

Ich spitze die Frage zu: Ist das Internet mittlerweile ein Leitmedium? Wir haben ein paar Indikatoren gehört, die dafür sprechen, zum Beispiel die weiter wachsende Verbreitung und die zunehmende Nutzungsdauer sowie die Klarheit, mit der bestimmte gesellschaftliche Funktionen am ehesten dem Internet zugeschrieben werden. Wo sucht man die wirklich relevanten und speziellen Informationen? Der Großteil der Bevölkerung macht das im Internet. Zudem häufen sich die Fallbeispiele für erhebliche politische Wirkungen. Wir brauchen jetzt gar nicht nur vom „Arabischen Frühling“ zu sprechen. Die finden sich auch auf der lokalen und der bundesweiten Ebene.

Dann gibt es da die monopolistischen Konstellationen, zum Beispiel bei einigen Kommunikationsdiensten. Diese sprechen eindeutig dafür, dass dem Internet auch ein Leitmediumcharakter, im Sinne eines relevanten gesellschaftlichen Faktors, zukommt. Dennoch würde ich sagen, dass man diese Frage auch verneinen muss. Ich will damit vermeiden, dass wir weiterhin über das Internet reden. Wir können eigentlich nicht mehr über das Internet reden. Diese Kategorie ist viel zu breit, um noch aussagekräftig zu sein. Wir wissen alle selber nicht mehr, ob wir online oder nicht online sind. Die entscheidende Kategorie sind die unterschiedlichen Kommunikationsdienste, die über diese Plattform verbreitet werden. Diese Unterschiede zwischen den Diensten sind im Moment die wichtigere Kategorie.

Deswegen komme ich zum Abschluss. Was sind die Folgerungen für Medienpolitik und Ordnung? Bei den wenigen Punkten, die wir hier behandeln konnten, sollte klar geworden sein, dass der Politikbereich „Medienkonzentrationskontrolle und Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht“ nicht mehr guten Gewissens nur am Fernsehen fest gemacht werden kann. Es braucht medienübergrei-

fende Konzepte. Es ist notwendig, eine dienstspezifisch differenzierte Kommunikationsordnung zu entwickeln, die nicht nach Gattung differenziert. Dabei ist vor allen Dingen zu berücksichtigen, dass crossmediale Angebotsbündel eine große Rolle spielen. Die meisten Angebote, unsere Schwesterstudie für BKM vom Formatt-Institut hat das sehr deutlich für die lokalen Räume herausgearbeitet, weisen starke crossmediale Verflechtungen auf. Das ist einer der entscheidenden Anknüpfungspunkte für Medienpolitik. Ich ende hiermit und hoffe, die Zeit eingehalten zu haben.

Vorsitzende:

Es ist nicht die geheime Wunderwaffe, um den Rednern anzuzeigen, wann die Zeit vorbei ist. Damit hat Herr Schröder das letzte Wort in dieser Runde.

Prof. Dr. Uwe **Hasebrink** (Hans-Bredow-Institut, Universität Hamburg):

Wir haben uns schon geeinigt, dass ich gleich auch das letzte Wort haben werde.

Vorsitzende:

Ich sage immer, ich möchte hier niemanden unterdrücken. Damit kommen wir zu den Statements der Kolleginnen und Kollegen. Wir haben fünf, die sich äußern werden. Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, sich auch an fünf Minuten zu orientieren, damit die Gäste auch die Chance haben, noch mitzumischen. Es beginnt Herr Dr. Feist für die CDU/CSU-Fraktion. Er ist Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und in unserem Ausschuss Berichterstatter für die TA. Herr Dr. Feist, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Thomas **Feist** (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank auch an die Verfasser der Studien und die Gutachter, die in recht lebendiger Weise vorgetragen haben, was es mit der digitalen Welt so auf sich hat. Insofern bin ich überzeugt, dass neue Medien alte nicht ersetzen. Wir reden miteinander, es wird ein Wortprotokoll geben, und sogar das Leitmedium Bundestagsfernsehen ist heute dabei. Es gibt bestimmte

Sachen, die man nicht nur im Internet machen kann. Wir haben über Infrastrukturen gesprochen, Internetzugänge als notwendige Infrastrukturen. Es gibt da auch parteipolitisch ganz unterschiedliche Vorstellungen, wie das sein könnte. Ich erinnere mich an ein Wort, was ich in der sozialistischen Schule gelernt habe: Lenin definierte, dass Kommunismus Sowjetmacht plus Elektrifizierung des gesamten Landes ist. Wenn ich jetzt Breitbandausbau dafür nehme und Fortschritt, müsste man überlegen, wie diese Gleichung heute lauten könnte. Vielleicht kann ich mit meiner Kollegin Sitte von der Linkspartei bei Gelegenheit mal darüber philosophieren. Die Leipziger und Hallenser sind sich auch relativ nah. Wir haben viel über Sachen gehört, die etwas miteinander zu tun haben und die auch miteinander vernetzt sind: Technologie, Gesellschaft, Politik. Wir sind natürlich als Gesetzgeber besonders gefragt. Ich habe ein Wort in der Studie, und zum Glück auch in der Präsentation, gefunden: Es geht nicht nur darum, Zugänge zu schaffen. Als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung ist mir auch wichtig, dass wir Kompetenzen entwickeln. Mediennutzung hat entscheidend auch mit Kompetenzen zu tun, und wenn wir heute beklagen, dass jüngere Leute weniger Zeitung lesen, dann hat das sicher auch etwas mit dem Nutzen und der Entwicklung von Medienkompetenz zu tun. Vielfalt schaffen über Regulierung, das ist ein ganz spannendes Thema, denn für den Normalbürger, der von Regulierung etwas hört, schließt es sich aus, dass dadurch Vielfalt geschaffen werden kann. Insofern bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie das auch noch mal deutlich gemacht haben.

„Extraarbeit durch Extrabreit“ könnte man auch sagen. Wie breit muss der breitbandige Anschluss sein, den wir in unseren Gemächern haben? Wir haben im Koalitionsvertrag gesagt: 50 Megabit pro Sekunde. Das ist ein vernünftiger Wert. Natürlich kann es immer auch etwas mehr sein, insofern ist es eine ganz interessante Frage, die sich stellt. Sie haben gesagt, wie soll man denn die Kosten verteilen? Soll im ländlichen Raum dafür etwas mehr bezahlt werden als im städtischen Raum? Ich bin sehr gespannt auf eine Diskussion, bei der man sagt, alle beteiligen sich zum selben Preis daran. Da werden wir eine ganz tolle Diskussion

haben. Die sollten wir vorab erst einmal im Internet führen, bevor wir das dann in die reale Welt übertragen. Denn es gibt natürlich auch ganz bestimmte Entscheidungsgründe, warum man in die Stadt zieht, oder warum man auf das Land zieht. Wir leben nicht nur in einer Gesellschaft, der es gut geht, sondern auch in einer Wohlstandsgesellschaft, die sagt, ich will aber das, was mir erreichbar ist, auch überall haben. Das heißt, zurückgezogen auf dem Land leben, mit bestem Verkehrsanschluss und mit superschnellem Internet. Irgendwo sind dann auch die Kapazitäten erschöpft, und das sind sicher auch spannende Diskussionen, die wir nicht nur über die Gesellschaft, sondern vor allen Dingen mit der Gesellschaft führen sollten.

Ein interessantes Stichwort sind immer wieder die jungen Wilden. Wenn ich mir die Superinternetnutzer im Alter meiner Kinder anschau, sind die aber alles andere als wild. Die sind eher ganz brav, die beschränken ihre Wildheit auf ungemessenen Pizzakonsum, oder was es da an Mategetränken gibt, oder darauf, sich in bestimmten Spielen und virtuellen Welten auszuleben. Ansonsten sind das eigentlich bravere Leute, als ich das beispielsweise aus meiner Jugend kenne, oder als es mein Kollege Thomas Jarzombek in seiner Jugend war.

Die Leitmediendiskussion ist eine sehr spannende Diskussion. Ich möchte jetzt trotzdem noch mal das Wort Internet benutzen, obwohl Sie mir gerade gesagt haben, das ist ein altmodisches Wort, welches nicht mehr passt. Aber auch die GEMA heißt heute noch „Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“. Was ist das dann, wenn man das im Computer macht? Wie mechanisch ist das? Insofern gestatten Sie mir, dass ich das Wort Internet noch einmal nehme. Als Leitmedium sind natürlich vor allen Dingen die Medien relevant, die Folgen zeigen. Es gibt unheimlich viele Einträge im Internet. Einige von uns, die zum Beispiel auch hier von der Fraktionsseite im C-Netz eingebunden sind, meine Kollegin Schön beispielsweise, oder der Kollege Jarzombek, sind natürlich auch in diesen digitalen Medien unterwegs. Es hat aber eine völlig andere Folge, wenn man beispielsweise einen Artikel in einer ganz

normalen Zeitung hat. Das ist auch für junge Leute ein wesentlicher Unterschied. Da kommen wir auch noch mal zum Fernsehen: Wer ein Statement als Politiker in der Tagesschau gibt, hat schon eine andere Reputation, als wenn man irgendwo einen Internetblog betreibt und darauf schreiben kann, was man will. Insofern würde ich auch bei den Fernsehsendern noch mal ganz genau unterscheiden, was sind denn dort die Leitmedien. Das ist eine sehr spannende Diskussion, die wir auch vor dem Hintergrund GEZ und alles, was dazugehört, führen werden und auch führen müssen.

Insofern bedanke ich mich noch mal sehr herzlich für die Studie, bedanke mich auch bei der Vorsitzenden unseres Bildungs- und Forschungsausschusses, die in vertrauter Gemeinsamkeit mit dem Wirtschaftsausschuss gesagt hat, das wäre mal eine tolle Studie, die wir öffentlich vorstellen sollten. Vielen Dank an Sie und an die Experten.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Nun der Kollege Martin Dörmann für die SPD-Fraktion, er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Mitglied im Unterausschuss Neue Medien und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Abg. Martin **Dörmann** (SPD):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich darf mich den lobenden und dankenden Worten an die Autoren des Berichts anschließen. Mir hat sehr gut gefallen, dass Sie eigentlich eine schöne Ergänzung zu der Arbeit gemacht haben, die wir im Moment in der Internet-Enquete machen. Da sind ein paar Analyseteile, die das wirklich ergänzen, es gab auch viele Schnittmengen. Ich glaube auch, dass im Bereich der Analysen und der aufgeworfenen Fragestellungen weitgehender Konsens sein wird. Wo ich mir vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle einen Zusatz gewünscht hätte, wären konkrete Vorschläge. Weil der Auftrag lautete: Welche gesetzlichen Regelungen muss man denn am Ende durchführen? Da waren viele

Fragestellungen dabei. Vielleicht ist es dann aber eben die Aufgabe der Politik, die Antworten auf diese Fragestellungen in Gesetzen zu geben. Wir haben das als SPD-Fraktion versucht. Wir haben in dieser Wahlperiode schon einige dieser Themen aufgegriffen, die Sie benannt haben. Ich nenne mal als Stichworte den „Breitbandausbau“, „Netzneutralität“ oder auch das Thema „Medienvielfalt“ und „Qualitätsjournalismus“. Da haben wir jeweils sehr umfangreiche Anträge vorgelegt. Was mich sehr freut, ist, dass die Intonierung Ihres Berichtes zwei wesentliche Punkte betont, die wir genauso betonen: Nämlich einmal die Sicherstellung der Teilhabe am Internet, die Teilhabe an der neuen Medienwelt. Das ist eine soziale, gesellschaftliche, aber auch wirtschaftliche Aufgabe. Das zweite, das klingt an einigen Stellen durch, ist die Frage der Medienvielfalt und auch der Sicherung von Qualitätsjournalismus. Diese ist an vielen Stellen in Frage gestellt, weil alte Geschäftsmodelle wegbrechen. Ich möchte zu den drei Hauptthemen, die Sie in der Zusammenfassung noch besonders betont haben, ganz kurz unsere Position darstellen.

Zum einen das Thema „Breitbandversorgung“: Ich glaube, da muss man zwei Dinge unterscheiden. Das eine ist die Sicherstellung flächendeckender, 100-prozentiger Grundversorgung. Aus meiner Sicht, und das haben Sie angedeutet, bedeutet das, dass wir die Bandbreiten sicherstellen, die heute tatsächlich für die normale Internetnutzung genutzt werden. Sie haben es selbst angedeutet, dass die Fachwelt von zwei Megabit ausgeht. Deshalb kann ich Ihren Befund nicht ganz teilen. Sie haben sich allerdings an der Zielsetzung der Bundesregierung orientiert, dass die Grundversorgung umgesetzt ist, denn die Breitbandstrategie setzt bei einem Megabit an, das ist der eine Punkt.

Ich bezweifle auch die Zahlen aus dem Breitbandatlas, das wir schon nahe an den 100 Prozent sind. Ich glaube, da gibt es noch einige Lücken. Wie gesagt, die Ziele könnte man ambitionierter benennen, deshalb haben wir als SPD-Fraktion den Schluss gezogen, lasst uns doch diese zwei Megabit Grundversorgung, beziehungsweise die europarechtskonform ermittelte Bandbreite, durch einen Univer-

saldienst absichern. Ich glaube, die Lücke ist nicht so groß, als ob man dort Verwerfungen im Markt befürchten müsste. Dann hätten wir das Thema ein für allemal erledigt. Beispielsweise hat mich in der letzten Woche mein Kollege René Röspel auf die Problematik in Hagen hingewiesen: Das ist nicht nur ländlicher Raum, sondern das ist auch eine Stadt, und da gibt es auch zum Teil eine Unterversorgung. Die Probleme sind noch nicht gelöst.

Der zweite Punkt, den man unterscheiden muss, ist die Frage, wie weit will man Hochleistung mit höheren Bandbreiten setzen? Ich will mich jetzt gar nicht auf eine spezifische Diskussion zur Höhe der Bandbreite einlassen, aber ich glaube, wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es nicht nur eine Frage ist, welche Dienste von der Mehrheit der Nutzer heute genutzt werden, sondern es wird sich auch weiterentwickeln. Vor allen Dingen befürchte ich aber, eine zunehmende Diskrepanz zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Wir müssen auch die wirtschaftlichen Potenziale in ganz Deutschland nutzen. Deshalb glaube ich, sollten wir das Ziel haben, möglichst flächendeckend, allerdings schrittweise, den Glasfaserausbau nach vorne zu bringen. Ich habe die Hoffnung, dass sich da jetzt in den nächsten Monaten etwas tut. Man muss allerdings konstatieren, dass die Bundesregierung von der Erreichung der Ziele noch weit entfernt ist. Selbst der Monitoring-Bericht zur Breitbandstrategie des Bundes, der von der Bundesregierung selber in Auftrag gegeben worden ist, hält ausdrücklich fest, dass ohne zusätzliche Maßnahmen die Ziele bis 2014 nicht erreicht werden.

Sie haben angedeutet, dass man auch für einige Bereiche noch mal über zusätzliche Fördermittel nachdenken muss. Die Rolle des Staates ist dort also gefragt. Jetzt haben wir alle die Hoffnung, dass sich vielleicht technisch etwas ergibt, durch das Thema „Vectoring“, was vielleicht für die letzte Meile, für den Bereich zwischen dem Kabelverzweiger und den Gebäuden noch mal höhere Bandbreiten ermöglicht. Da müssen jetzt erst mal die Wettbewerber, die Telekom und die Bundesnetzagentur eine gemeinsame Lösung finden. Aber selbst die optimistischen Prognosen in diesem Bereich, und zwar von der Telekom, sagen, dass wir

vielleicht höhere Bandbreiten für 60 bis 70 Prozent der Fläche in Deutschland hinbekommen werden. Durch die heute bestehenden Fördermittel werden wir am Ende möglicherweise 80 Prozent erreichen. Damit bleibt immer noch eine Lücke von 20 Prozent. Wenn der 80-Prozent-Anteil ganz erheblich höhere Bandbreiten als heute hat, und die restlichen 20 Prozent ganz hinterher hinken, dann stellt sich da auch eine regionalpolitische und teilhabebedingte Frage. Da müssen wir gemeinsame Antworten finden. Wir haben in unserem Antrag einiges angedeutet.

Wegen der knappen Zeit zu den beiden anderen Punkten nur ganz kurz: Einmal das Thema „Konvergenz und Regulierung“. Ich fand, vielleicht nicht unbedingt zu erwarten, aber durchaus nachvollziehbar, dass Sie in Ihrem Bericht zu dem Schluss kommen, diese Konvergenz führt jetzt nicht notwendigerweise dazu, dass man die Medienregulierung und die Telekommunikationsregulierung zusammenfassen müsste, und da ganz neue Sachen machen muss. In den jeweiligen Bereichen gibt es Entwicklungspotenziale, die man nutzen sollte. Dabei muss man auch darauf achten, dass Medienvielfalt ein Thema bleibt. Sie haben die Stichworte „Plattformregulierung“ und „Suchmaschinenneutralität“ genannt. Das sehe ich ähnlich. Wir werden eine Diskussion auf europäischer Ebene mit der Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie haben. Ich glaube, den Themen müssen wir uns so stellen, dass da, wo Marktmacht zu befürchten ist, auch tatsächlich regulatorisch nicht Vorschub geleistet wird, sondern Barrieren aufgebaut werden.

Der dritte Themenbereich „Leitmedien“: Ich fand es sehr interessant, wie Sie das gerade dargestellt haben, Herr Prof. Hasebrink. Ich glaube, wir müssen die Fragestellung gar nicht darauf fokussieren, weil wir alle multimedial unterwegs sein werden, sondern: Wie sichern wir in den verschiedenen Mediengattungen Qualität? Wir haben heute das Problem, die Vorsitzende hat es mit der Westfälischen Rundschau erwähnt, dass Redaktionen wegfallen, zusammengelegt werden und ganze Zeitungstitel wegfallen. Gleichzeitig besteht noch nicht die Situation, dass man im Internet mit Journalismus in der Regel Geld verdient. Nur Spiegel-Online und Bild, vielleicht auch da teilweise nur quersubventioniert, schreiben schwarze

Zahlen. Wenn man mit den Verlegern spricht, dann sagen die, es wird ganz schwer, auf Dauer überhaupt ein Geschäftsmodell zu entwickeln, damit Journalismus im Netz auch tatsächlich gewinnbringend ist. Deshalb habe ich die große Befürchtung, dass wir da um verbesserte Rahmenbedingungen für Journalismus und für Presseverlage nicht umhinkommen. Da müssen wir uns ganz genau anschauen, wie wir das so hinbekommen, dass dort irgendwelche staatlichen Einflüsse nicht zu befürchten sind. Aber wir müssen uns diesen Themen, glaube ich, stellen. Deshalb halte ich es auch für völlig kontraproduktiv, das als letzter Punkt, Frau Vorsitzende, dass im Moment eine Diskussion, zwischen Presseverlegern und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Stichwort „Tagesschau-App“, entstanden ist. Heute höre ich wieder aktuell, dass es Gespräche gibt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr bewegte und audiovisuelle Dinge machen muss und die Presse eher Text. Ich glaube, die neue Welt wird genau diese Nutzungen zusammenbringen. Jedes Qualitätsmedium, was in der neuen Welt erfolgreich sein will, muss beides gemeinsam machen. Deshalb halte ich eine Diskussion, bei der sich Qualitätsmedien gegenseitig ausspielen und die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vielleicht sogar nachteilig sein kann, für völlig kontraproduktiv. Sie haben auch noch mal die Bedeutung des Fernsehens genannt. Ich glaube, das müssen wir in der politischen Debatte auch der nächsten Monate rekapitulieren, dass wir da, aus meiner Sicht, mehr Möglichkeiten für öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Netz schaffen als weniger. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Für die FDP-Fraktion nun die Kollegin Frau Canel. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und stellvertretendes Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“.

Abg. Sylvia **Canel** (FDP):

Ich bedanke mich auch erst einmal ganz herzlich bei unserer Frau Vorsitzenden und bei den Experten. Es ist eine sehr anregende, innovative und interessante

Diskussion. Wir alle haben am Anfang des Internets immer die Fackel der Freiheit getragen. Das Internet muss frei sein. Wir sehen in zunehmenden Entwicklungsstufen, dass wir differenzierter mit dieser Freiheit umgehen müssen und auch sollten.

Zum Breitband: Ich will es auch nicht zu lange machen. Der Breitbandausbau bedarf natürlich gerade im Hinblick auf Regulierung einer Standardisierung. Da ist es für uns sehr misslich, dass es immer von den Ländern abhängt, denn der Ausbau ist Ländersache. Wir müssen sehen, dass wir dort zu gemeinschaftlichen Lösungen kommen, nicht nur auf Länderebene und auf Bundesebene, sondern auch auf europäischer Ebene. Da ist sicherlich noch eine ganze Menge zu tun. Das haben Sie schon genannt. Ich will da gar nicht so lange darauf eingehen. Nur ist es natürlich auch der politische Wille zur Gestaltung, wie weit ich in die Zukunft sehen und in die Zukunft investieren möchte. Ich nenne mal ein Beispiel: Ich wohne am Rande von Hamburg, da haben vor hundert Jahren die Stadtväter entschieden, es wäre ganz richtig, dass die Stadt sich entwickelt und wächst. In ihrer Weisheit haben sie die U-Bahn ausgebaut. Ich bin heute noch dafür dankbar, und alle meinen Nachbarn auch. Wenn sie vor hundert Jahren nicht so großzügig investiert hätten, hätten wir im Grunde genommen dort nicht siedeln können. Dieser politische Wille hatte nichts damit zu tun, dass man furchtbar viele Berechnungen gemacht hat, sondern es war wirklich der politische Wille zum Wachsen einer Stadt. Ich denke auch, dass der Ausbau für ein Breitband, für die technischen Möglichkeiten in erster Linie vom politischen Willen abhängig sein sollte.

Das zweite: Die Konvergenz und die Regulierung. Sie haben in Ihren drei zentralen Ergebnissen festgehalten, Anbieter und Meinungsvielfalt stellen sich im Internet nicht von selbst ein, Regulierung ist weiter erforderlich. Ja, wir sind im Internet ein Teil des öffentlichen Lebens, und es ist öffentlicher, als wir uns das jemals vorgestellt haben. Insofern ist es richtig, wenn wir dort überprüfen, ob die Urheberschutzgesetze noch einen wirklichen Schutz darstellen und das geistige Eigentum dort so geschützt ist, dass man auch von den Früchten seiner Arbeit leben kann. Das ist gut und richtig. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch beden-

ken, wir haben ein innovatives Potenzial, dass so viel Kreativität los tritt, wie es niemals zuvor gegeben hat. Wir können alle wahrscheinlich von uns selber sagen, dass wir mehr aus dem Internet bekommen, als wir hineinstellen. Also ist unter dem Strich auch immer für jeden Einzelnen ein ganz individueller Gewinn dabei. Was ganz besonders wichtig ist, ist die Teilhabe. Wir unterscheiden die Medien dahingehend, dass ich auf der einen Seite ein Medium nur konsumieren kann. Bei den neuen Medien kann ich aber selber nicht nur Konsument, sondern auch Produzent sein. Es war schon ganz richtig, auf die Medienkompetenz einzugehen, denn Medienkompetenz wird weiterhin eines der zentralen Innovationsfelder in der Pädagogik sein. Aber wir müssen auch selber sehen, dass ein Mensch, der immer eigenverantwortlicher wird, auch immer mehr Teilhabe haben möchte. Er möchte nicht nur konsumieren, was die anderen haben. Deshalb ist es unbedingt nötig, die Medien auch danach zu beurteilen. Das hat mir hier ein bisschen gefehlt. Natürlich ist eine Zeitung ganz wunderbar. Ich will gar nicht sagen, dass diese Zeitungen nicht in irgendeiner Weise zu unserem Leben gehören. Nur ist es für mich als Konsument so, dass ich sie nur konsumieren kann. Ich kann mich dort nicht so beteiligen, wie zum Beispiel ein Blogger jüngeren Alters. Der bewegt sich, wie wir gehört haben, zu 40 Prozent doch eher in dem Blog, wahrscheinlich deshalb, weil er nicht nur lesen kann, was die anderen denken, sondern, weil er seinen Senf dazu geben kann. Und wir haben auch ein qualitatives Problem, gerade bei den alten Medien. In zunehmendem Maße finde ich es persönlich sehr ärgerlich, dass der Qualitätsjournalismus, der gar nicht so teuer sein muss, in den Hintergrund tritt, weil man es nicht mehr schafft, Bericht von Kommentar zu trennen. Ich finde es in zunehmendem Maße ärgerlich, dass genau die Zeitungen, die ich sonst so geschätzt habe, im Grunde genommen eigene ideologische Vorstellungen in Form von Berichten darstellen. Genauso geht mir das auch mit den öffentlich-rechtlichen Medien, diese wurden hier gerade von Ihnen erwähnt. Es ist nicht nötig, dass man ein riesen Angebot an öffentlich-rechtlichen Medien darstellt. Wir müssen uns wirklich mal fragen, ist es noch richtig, 7,5 Milliarden Euro dafür auszugeben, wo doch die neuen Herausforderungen vor der Tür stehen. Vielleicht können wir uns irgendwann mal darauf einigen, dass selbstverständ-

lich ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ein Fernsehen und auch ein Internetauftritt zur Gemeinschaft mit dazu gehört. Aber warum muss er in tausend Sparten aufgeteilt werden? Ich denke, wir sollten Effizienzgewinne zu Gunsten der Modernisierung und zu Gunsten des Schrittes ins Digitale Zeitalter gemeinsam überlegen.

Hier möchte ich Schluss machen. Es ist ein junges Medium. Nicht umsonst sind die Jugendlichen so sehr in diesem Medium unterwegs, wie in keinem anderen Medium: Erstens, weil sie entsprechende Angebote bei den Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr finden, und zweitens, weil sie ihr gesamtes Kommunikationsverhalten durch die Pädagogik in der Schule, durch das Lernen in Projekten, durch eine neue Auffassungsgabe, die im Grunde genommen, ich habe es noch kennengelernt, von unten nach oben orientierend aufbauend, nicht mehr haben. Natürlich müssen wir denen entgegenkommt, die sich jetzt mit den neuen Medien kommunikativ auseinandersetzen.

Insofern brauchen wir sehr viel mehr Informationen von den Experten, das hat heute gut getan, vielen Dank. Aber auch im Hinblick auf Qualität und Teilhabe sollten Sie vielleicht in der Zukunft noch mal ein Auge darauf werfen. Ich bin gespannt, was Sie da noch heraus bekommen.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE. die Kollegin Dr. Petra Sitte, auch Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Berichterstatterin ihrer Fraktion für alle Forschungsthemen und für TA, Mitglied im Unterausschuss Neue Medien und in der genannten Enquete-Kommission. Petra, eigentlich deckst Du alles ab für Deine Fraktion.

Abg. Dr. Petra **Sitte** (DIE LINKE):

Ich bin aber nicht die Fraktion. Recht schönen Dank für diesen Bericht. Sie haben mal wieder sehr systematisch und lesenswert aufgearbeitet, was es zu diesen

komplizierten und derzeit heiß diskutierten Punkten gibt. Für uns als Projektgruppe Kultur, Medien, Öffentlichkeit war der Bericht eine Punktlandung hier im Parlament. Wir haben darauf gewartet und im Ausschuss versucht, den dann möglichst schnell anzunehmen und für unsere Projektgruppe bereitzustellen. Wir haben damit auch schon gearbeitet. Teile sind in den Bericht unserer Projektgruppe integriert, an dessen Handlungsempfehlungen und Endredaktion gerade gearbeitet wird. Wir haben am Montagabend bis 22.00 Uhr daran gesessen.

Ich greife jetzt einfach mal die Punkte heraus, die aus unserer Sicht erwähnenswert erscheinen: Breitbandausbau hat fast jeder Kollege beziehungsweise Kollegin hier erwähnt. Sie haben auch selber vorhin in Ihrem Bericht noch mal deutlich gemacht, dass sich andere Länder deutlich ambitioniertere Ziele gesetzt haben und deutlich ambitionierter an den Breitbandausbau herangegangen sind. Zunehmend schreiben Sie in Ihrem Bericht, dass nicht der technische Zugang allein, sondern die Stimulierung der Nutzung entscheidet. Das sehen wir auch so.

Allerdings gibt es schon in der Herangehensweise einen unterschiedlichen politischen Umgang mit dieser schwierigen Problematik. Das hat man an dem Statement von Frau Canel im Verhältnis zu dem Statement von Herrn Dörmann bemerkt. Während Frau Canel tapfer auf die Länder verwiesen hat, hat Herr Dörmann, durchaus mit Berechtigung, gesagt, es bedürfte eigentlich eines kooperativen Herangehens. Sowohl auf Seiten der Wirtschaft muss das Engagement ausgeweitet, als auch auf Seiten des Staates die Verantwortung wahrgenommen werden. Das sehen wir grundsätzlich auch so.

Mit Bezug auf die Privatisierungspolitik kann man nur feststellen, dass die Wirtschaft es in den letzten Jahren nicht gestemmt hat. Ich wohne nicht in Hagen, ich wohne in Halle. Auch dort haben wir unsere weißen Flecken, ganz zu schweigen von ländlichen Gebieten. Hier ist ganz klar immer wieder thematisiert worden, dass vor dem Hintergrund von Renditezielen der ländliche Raum nicht im Fokus steht. Wir haben heute alle den Sascha-Lobo-Artikel lesen können, der sehr schön

das Zitat des Deutschland-Chefs von Telekom aufgearbeitet hat. Ich zitiere: „Die Zeiten sind vorbei, in denen wir flächendeckend ein solches Netz bis in jeden Haushalt ausrollen. Wir suchen gezielt nach Städten, wo sich Glasfaserausbau, zum Beispiel auch für uns, lohnt.“ Das heißt also, wenn wir über Breitband und über Glasfaser reden, dann müssen wir uns über dieses Herangehen noch mal verständigen. Welche Ziele setzen wir uns, und wie wollen wir das am Ende praktizieren? Es gibt zunehmend auch Formen, beispielsweise genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die dieser Entwicklung selbstbestimmt entgegenreten. Andere Zusammenschlüsse sind vorhin auch von Herrn Elixmann vom WIK erwähnt worden. Wenn Herr Hinsken seinerseits vorhin gesagt hat, man müsse alles tun, damit es vorwärts geht, dann kann ich nur sagen, ja, das sollte man. Dann sollten sich aber auch alle an dieser Aufgabe beteiligen.

Was wir auch thematisieren wollen, ist die Frage der Universaldienste. Wir sehen uns eher darin bestärkt, dass Universaldienste aufgelegt beziehungsweise beschlossen werden sollten. Darauf haben wir, so glaube ich, vor mittlerweile fünf Jahren das erste Mal verwiesen. Gerade vor dem Hintergrund des Glasfaserausbaus, bekommt diese Debatte, jedenfalls aus meiner Sicht, einen besonderen Drive. Die Frage, wie wir damit umgehen können, und welche Wirkung das hat, betrachte ich fast als Konjunkturprogramm. Das ist natürlich spannend, weil sich dort neuer politischer Druck aufbaut. Darüber hinaus entsteht, da stimme ich meinen Kollegen zu, auch neues Innovationspotenzial, welches genutzt werden kann.

Noch mal zu dem Artikel von Sascha Lobo: Ich glaube, dass vor diesem Hintergrund das Innovationspotenzial aus dem Internet wesentlich besser mobilisiert werden kann. Dies gilt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen im innovativen Bereich. Dort entstehen neue Dienste und dergleichen mehr.

Zu der Frage der Medienkonvergenz, also dem Verschmelzen unterschiedlicher Medien, stellen die Gutachter fest, dass mit der technischen Möglichkeit zur Kon-

vergenz im Bereich des Digitalen, nicht automatisch auch eine generische Verschmelzung der Inhalte einhergegangen ist. Vielfach schreiben Sie, dass weniger eine Multimedialität entstanden sei, sondern eher eine Situation, in der quasi derselbe Inhalt in unterschiedlichen Formen mehrfach verwertet werde. Sie sprechen in Ihrem Bericht von Modularisierung. Ich muss sagen, das haben wir auch diskutiert. Entsprechend ist die häufig eingeforderte Zusammenführung unterschiedlicher Regulierungsmechanismen womöglich gar nicht so sinnvoll, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ich bin mit dieser Position nämlich in diese Projektgruppe hineingegangen. Dann haben wir in den Diskussionen festgestellt, dass es erstens da zur Zeit noch keine geschlossene Meinung gibt und dass es zweitens sehr wohl auch Gründe gibt, die eher dagegen sprechen. Insofern ist an der Stelle die Empfehlung butterweich, was so viel heißt wie, wir müssen weiter diskutieren und es taucht mit in den Handlungsempfehlungen auf.

Im Bereich Presse, das haben Sie hier auch ziemlich eindringlich dargestellt, ist zu beobachten, dass den Tageszeitungen die Reichweite verloren geht. Ich sehe allerdings auch das Potenzial in der regionalen Berichterstattung. Worüber wir noch ernsthaft nachdenken, ist die Frage, ob das Internet tatsächlich als Leitmedium bezeichnet werden kann. Im Internet werden viele Inhalte aufgenommen, die woanders produziert werden. Insofern muss man sich noch mal über die Grundlage, auf der etwas als Leitmedium bezeichnet werden kann, verständigen. Abschließend will ich sagen, dass es uns wichtig ist, dass nicht nur über Qualität diskutiert wird. Wobei da auch viel Pharisäertum dabei ist. Auch zu analogen Zeiten gab es schlechte Bezahlungen für Journalistinnen und Journalisten und Probleme für die Tageszeitungen. Uns ist auch wichtig, die Vielfalt zu sichern, die über das Internet möglich ist. Wir wollen für die andere Öffentlichkeit, also außerhalb der klassischen Medien, ebenso Fördermodalitäten schaffen, um damit auch andere demokratische Grundlagen zu unterstützen. Ich muss sagen, dass ich es sehr schön finde, dass Sie in Ihrem Bericht die sieben Tage Verweildauer von öffentlich-rechtlich produzierten Sendungen ansprechen. Mich regt das als GEZ-Zahlerin, oder Beitragszahlerin, wie das jetzt neudeutsch heißt, auf, dass mit öf-

fentlich-rechtlichen Mitteln produzierte Inhalte aus dem Netz verschwinden, angeblich vor dem Hintergrund der Konkurrenz zu privaten Medien. Die Debatte hat an Fahrt gewonnen. Ich hoffe, dass auch die Debatte zu den Gebühren einen Einfluss ausübt auf die Diskussion, wie man mit den Online-Angeboten der öffentlich-rechtlichen umgehen kann.

So, jetzt bin ich hier durchgeschossen, ich musste einiges weglassen, ich bedanke mich aber noch einmal für den anregenden Bericht.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Bevor wir jetzt weitermachen: Wenn Sie zwischendurch so einen aufdringlichen Ton hören, ist das kein Feueralarm, sondern ein Zeichen, dass es einen Hammelsprung im Plenum gibt. Ich werde hier weiter ausharren, und stelle den Kollegen anheim, sich zu entscheiden, ob Sie dort die Massenbasis bilden wollen oder nicht. Deswegen werden wir die Veranstaltung nicht unterbrechen. Sofern die Kollegin Tabea Rößner auch bevorzugt jetzt hierzubleiben, für die Fraktion-Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Mitglied im Ausschuss Kultur und Medien, im Unterausschuss Neue Medien und in der Enquete-Kommission, dann haben Sie jetzt das Wort.

Abg. Tabea **Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ihnen erst einmal ganz herzlichen Dank für die Vorstellung des Berichtes. Kollegin Petra Sitte hat schon darauf hingewiesen, dass wir über genau diese Themen lange diskutieren. Ich finde es eine sehr große Bereicherung, dass wir, abgesehen von uns Abgeordnete, nicht immer in der gleichen Runde hier diskutieren, sondern auch mit anderen Fachleuten das Gespräch führen. Diese Fragen sind wirklich zentral und man hätte vor fünf Jahren, als dieser Bericht in Auftrag gegeben wurde, meinen können, nach der Internet-Enquete, nach den Diskussionen im Kultur- und Medienausschuss, nach der TKG-Novelle, hätten sich viele Fragen erledigt. Aber natürlich sind diese Fragen alle noch offen. Deshalb finde ich es sehr bereichernd, Ihren Bericht in dieser Debatte auch noch

einfließen lassen zu können, und zwar rechtzeitig bevor wir unseren Bericht in der Projektgruppe Kultur, Medien und Öffentlichkeit fertig haben. Ich sehe das ein bisschen anders als Kollege Dörmann. Sie zeigen schon sehr deutlich Handlungsfelder auf, und machen auch Handlungsempfehlungen. Es sind schon einige dabei, und das finde ich auch gut und richtig. Vor fünf Jahren war der Breitbandausbau schon ein großes Thema. Passiert ist leider nicht viel. Sie haben deutlich gemacht, dass man das viel stärker in den Fokus hätte nehmen müssen. Der LTE-Ausbau hat tatsächlich ein paar Verbesserungen gebracht, aber, Kollege Feist, wenn man auf dem Land lebt, dann sind das nicht Leute, die einfach so aufs Land ziehen. Wir wollen, dass gerade Fachkräfte auch auf das Land ziehen, der demografischen Wandel ist deutlich spürbar. Ich komme aus Rheinland-Pfalz, da ist das übrigens gerade in den westlichen Regionen des Landes extrem schwierig, und da ist das natürlich ein Standortargument, ob Breitband vorhanden ist. Es geht nicht darum, dass wir alle bis zur Almhütte oder bis zur Hallig mit 50 oder 100 Megabit ausstatten wollen. Ich glaube, das kann nicht unser Ziel sein. Es geht erst einmal um die Grundversorgung. Wir haben dazu im vergangenen Jahr sehr intensiv diskutiert und gearbeitet, gerade im Zuge der TKG-Novelle. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches zu der Einschätzung kam, dass man mit LTE von einer Grundversorgung mit sechs Megabit ausgehen kann. Dies ist zu erreichen und könnte auch das Ziel für einen möglichen Universaldienst sein, den wir für die Grundversorgung befürwortet haben. Sie haben sehr deutlich gemacht, wie schwierig das zu finanzieren ist. Es gibt da kein Patentrezept. Jedes Land macht es anders und hat unterschiedliche Lösungsvorschläge. Interessant fand ich auch Ihre Erkenntnis, was die Zahlungsbereitschaft angeht. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen bei uns. Wir diskutieren regelmäßig darüber, ob wir erst das Breitband legen müssen, und die Leute dann von alleine kommen und es nutzen, oder ob wir erst mal genug Leute haben müssen, die es wollen, damit sich der Ausbau dann rentiert. Spannend war auch die Frage vom Glasfaserausbau. Wie bekommen wir den voran? Erst 2010 ist das Next-Generation-Access-Forum gegründet worden, also relativ spät. Da ist die Frage, wie kann man die Förderung voranbringen. Wir haben diese Diskussion um Open-Access-

gekoppelte Förderung auch bei uns geführt. Wir könnten uns das auch vorstellen. Aber ich glaube, wir müssen weiter diskutieren, einige Länder machen das sehr erfolgreich.

Was die Diskussion um das Internet als Leitmedium angeht, finde ich es sehr spannend, dass Sie das sehr differenziert darstellen. Sie sagen sowohl, ja, es gibt noch Leitmedien, aber irgendwie auch nicht. Das Internet ist Leitmedium und irgendwie auch nicht. Ich sträube mich immer, das habe ich seit dieser Diskussion immer schon gemacht, ist das Internet überhaupt ein Medium? Wir nutzen das Internet wie einen öffentlichen Raum. Wir machen auch alle inzwischen Banking. Das heißt, wir nutzen es nicht nur für die Informationsbeschaffung. Was die Verweildauer angeht, ist auch die Frage, nutze ich das alles parallel? Wenn ich meine Kinder sehe, auch mir geht es manchmal so, dann habe ich natürlich mein Laptop mit Internet, schaue gleichzeitig Fernsehen und dann kommt noch ein Anruf oder man twittert über das Handy. Dann stellt sich die Frage, wie intensiv nehme ich denn überhaupt Informationen wahr? Bekomme ich eigentlich noch mit, was ich im Fernsehen sehe oder was ich gleichzeitig auf dem Laptop anschau oder bei Twitter? Die Aufmerksamkeit nimmt also ab. Das wäre zum Beispiel mal eine sehr spannende Studie, wie wirkt sich das überhaupt aus?

Aber hier geht es vor allen Dingen um die Frage der Konzentration, und da sprechen Sie natürlich wichtige Fragen an. Was sind Gatekeeper und welche Rolle haben sie? Wenn man den Bericht genau liest, dann stellt man fest, dass nur ein Bruchteil der Inhalte im Internet tatsächlich wahrgenommen wird, und das viele, die das Internet nutzen, dann auf einer Seite bleiben. Wenn ich T-Online aufmache, dann lese ich da die Nachrichten, verweile dort, und schaue nicht automatisch noch weiter. Da stellt sich die Frage nach einem Infrastrukturanbieter, der aber gleichzeitig ein Inhaltanbieter ist. Darauf müssen wir reagieren, denn das bedeutet eine deutliche Konzentration von Medien-, Meinungs- und Marktmacht. Ein neues Modell der Medien-Konzentrationskontrolle muss weitere Faktoren einbeziehen, das haben Sie deutlich gemacht. Vor allen Dingen die Online-

Nutzung und die Frage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden hier angesprochen. Wie kann so ein Modell operationalisiert werden? Wie kann das aussehen? Ich finde diese Diskussion sehr wichtig und spannend. Aber die Patentlösung haben wir noch nicht. In dem Zusammenhang bin ich Ihnen auch sehr dankbar, dass Sie die Sieben-Tage-Regelung angesprochen haben. Für viele Menschen ist das nicht nachvollziehbar. Es ist innovationshemmend und eine Einschränkung der Vielfalt. Deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass diese Sieben-Tage-Regelung abgeschafft wird.

Gatekeeper hatten wir schon angesprochen: Apple, Google, geschlossene Plattformen. Es ist auch eine wichtige Frage der Plattformregulierung. Können wir die ausweiten? Können wir die darauf beziehen? Insofern haben Sie drei ganz zentrale Fragen aufgeworfen, die zum Teil die Landesebene betreffen, aber auch die Bundesebene. Das zeigt auch, warum dieser Prozess so langsam ist. Müssen die Institutionen der Medienregulierung, der Konvergenz der Medien angepasst werden? Müssen wir einen „One-Stop-Shop“ als einen Ansprechpartner bilden? Die zweite Frage ist, wie ist die Zuordnung der Medienangebote? Können wir überhaupt noch differenzieren zwischen Hörfunk, Presse und klassischem Rundfunk?

Ich komme zum Schluss, als letzte ist es immer besonders schwierig. Muss man die Inhalte im Internet, die konvergent sind, auch so betrachten?

Das dritte ist natürlich die Frage, der Anbietervielfalt in der konvergenten Medienwelt. Wie können wir die garantieren? In dem Zusammenhang ist natürlich die Empfehlung, sich mit der Sicherung des Qualitätsjournalismus zu befassen, ein ganz zentrales Thema. Wir diskutieren die Stiftungsidee, die der Filmförderung ähnlich ist. Die Anreizsysteme für die Qualität sind wichtig, auch die Frage von Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Zeitungen. Ich muss zum Schluss kommen. Das waren nur einige Punkte, wir können vielleicht in der Diskussion noch mehr ansprechen. Danke.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Die Moderation der jetzigen Diskussion übernimmt Prof. Grunwald.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, Sie haben viel gehört. Sie mussten viel hören, es blieb Ihnen gar nichts anderes übrig. Jetzt kommt aber die Zeit, wo Sie im Sinne der Symmetrie, das Wort hat Frau van Eimeren hier genannt, etwas tun können, in dem Sie den Expertinnen und Experten, und auch den Politikerinnen und Politikern, etwas zurückgeben. Diskussion heißt, Sie sind jetzt dran. Es ist der Raum, in den Sie auf der Faktenebene einsteigen können. Sie können aber auch auf der Bewertungsebene einsteigen. Wenn Sie von bestimmten Statements begeistert waren, sind Sie eingeladen, dieser Begeisterung Ausdruck zu verleihen. Falls Ihnen etwas Anlass zur Empörung gegeben hat, dann äußern Sie sich bitte erst recht. Ich bitte Sie darum, Mikrophone zu benutzen, sonst sind Sie zwar im Parlamentsfernsehen gut im Bild, aber nicht mit Ton. Ich würde Sie auch bitte, für die Protokollierung kurz ihren Namen und gegebenenfalls die Institution zu nennen. Damit ist die Runde eröffnet. Ich werde mich bemühen, sicher auch von Herrn Kappenstein unterstützt, niemanden zu übersehen. Aber das Blickfeld ist etwas schwierig, von daher, wenn ich es mal nicht gleich schaffe, werden Sie massiv.

Vorsitzende:

Herr Steffen steht oben mit dem Mikrofon an der Hand. Jeder ist, egal wo man sitzt, eingeladen, sich zu beteiligen.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Es muss sich jemand trauen.

Vorsitzende

Da oben haben wir jetzt einen Kandidaten gefunden.

Simon **Japs** (ANGA, Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber e. V.):

Ich habe eine Frage, die sich an Herrn Dr. Beckert richtet, der am Anfang die Leistungen der Kabelnetzbetreiber für die 50 Megabits Zielerreichung hervorstellte, dann aber bei den 100 Megabit Versorgungen, die Kabelnetzbetreiber mit einem Fragezeichen nannte. Ich glaube, Herr Elixmann war da schon etwas weitergehend. Schon jetzt bieten Kabelnetzbetreiber 128 Megabit ganz regulär an. Es ist klar, dass die Technologie fortschreitet und auch noch höhere Bandbreiten zur Verfügung stehen. Deswegen einfach an Herr Dr. Beckert: Warum wurden für die 100 Megabit Zielerreichung die Kabelnetzbetreiber nicht mehr genannt? Danke.

Dr. Bernd **Beckert** (Fraunhofer-Institut) (ISI):

Vielen Dank für den Hinweis. Ich kann Sie nicht anschauen, weil ich meinen Hals verdrehen muss. Es ist natürlich klar: Die Kabelinfrastruktur kann größere Bandbreiten anbieten, aber nur selektiv, nicht überall, nicht flächendeckend. Es bedarf noch des weitergehenden Ausbaus der Kabelnetze, um diese extrem hohen Bandbreiten, die Sie genannt haben, anbieten zu können. Ich bin jetzt nicht auf dem aktuellen Stand, in wie viel Prozent ihrer Verbreitungsgebiete so eine hohe Bandbreite möglich ist. Aus technischer Sicht ist es klar: Je weiter Sie mit der Glasfaser, mit diesen hybriden Fibre-Coax-Netzen, an die Haushalte heranrücken, desto höher ist die Bandbreite. Dieser Ausbau ist meines Wissens noch nicht so überwiegend gegeben, dass man von der 100 Prozent Versorgung aller Gebiete, die Kabelfernsehen empfangen oder Anschluss an dieses Netz bekommen können, sprechen kann.

Der zweite Punkt ist natürlich, dass Kabel-Modem-Anschlüsse ein Shared-Medium darstellen. Vielen Dank für den Hinweis, den mir Uli Riehm gegeben hat. Hier haben wir zu den Hauptnutzungszeiten, zu den Peak-Zeiten, natürlich auch Einschränkungen. Ich weiß, dass die Netzbetreiber daran arbeiten und versuchen, die Zellen entsprechend kleiner zu machen. Aber das ist nach wie vor ein Problem und ich denke, das Kabelfernsehnetz ist auf dem richtigen Weg. Es ist aber

eine Menge an Investitionen und Ausbauaktivitäten notwendig, um tatsächlich so hohe Bandbreiten darstellen zu können.

Vorsitzende:

Wenn jetzt keiner will, frage ich mal ein bisschen was kritisches. Ich gehöre nicht zu dieser Parlamentscommunity, die sich mit der digitalen Welt befasst. Mich interessieren diese Fragestellungen, wenn wir uns mit den Effekten von technologischem Wandel befassen. Interessant ist auch die Frage, was bewegt Gesellschaft und wohin wird Gesellschaft bewegt? Warum gibt es möglicherweise gesetzgeberischen Handlungsbedarf oder einen Grund, warum wir uns politisch damit befassen? Wenn ich mir das alles anhöre, die Zusammenfassung lese, und unterm Strich schaue, dann befasst sich dieses Projekt im wesentlichen nur mit der ökonomisch-technischen Seite des medialen Wandels. Ich habe viel von Quantitäten gehört, was Breite, Zahl, Geld und Sonstiges angeht.

Herr Dr. Beckert, ich frage mich, ob Sie sich bei der Bearbeitung des Projektes nicht viel stärker, als Sie das angedeutet haben, die Frage gestellt haben, sollte man nicht stärker definieren, was mit Informationen gemeint ist? Das ist ein sehr diffuser Begriff, der erst mal überhaupt nichts sagt. Zugang zu Informationen kann alles und nichts heißen. Für mich, die eher aus der politischen, gesellschaftlichen Sphäre kommt, sind Informationen eine Frage von Qualität.

Frau Canel hat das angesprochen: Gibt es möglicherweise Handlungsbedarf, wenn gesellschaftliche Teilhabe ein Entscheidungskriterium ist? Hat die Garantie von Vielfalt und Pluralität in Ihrer Arbeit eine Rolle gespielt? Wenn nein, warum nicht? Wir haben bei der Bearbeitung von TAB-Projekten das Prinzip, dass es ein offener Prozess ist. Wenn den Bearbeitern etwas auffällt, können sie das an uns zurückkoppeln und sagen, euer Auftrag ist da ein wenig beschränkt, sollten wir den um einen Aspekt erweitern?

Dr. Bernd **Beckert** (Fraunhofer-Institut) (ISI):

Ich kann diese Frage zum Teil beantworten. Aber vielleicht kann Ulrich Riehm etwas dazu sagen. Wir haben, was den Qualitätsjournalismus oder überhaupt die Qualität der journalistischen Berichterstattung angeht, durchaus einiges im Bericht drin. Wir haben uns auch mit der Frage beschäftigt, wie man die Qualität der politischen Berichterstattung sicherstellen könnte. Da gibt es einige Modelle. Zu Ihrer ersten Fragestellung haben wir in der Tat nicht allzu viel Grundlegendes recherchiert. In dem Berichtsteil, in dem wir uns mit dem Leitmedium auseinandersetzen, ist das noch am ehesten vorhanden. Wir haben gesagt, die Informationen, um die es uns hier geht, sind Informationen zur gesellschaftspolitischen oder zur öffentlichen Meinungsbildung. Das Internet ist aber mehr als nur ein Medium der öffentlichen Meinungsbildung. Es ist ein Medium, in dem Menschen leben. Es gibt auch die These, dass diese Online- und Offline-Welten zunehmend ineinander fallen. Das ist mehr als nur eine Information, um öffentliche Meinungen zu bilden. Das sind Lebenswelten, die dort abgebildet werden, Informationen bekommen dort tatsächlich einen ganz anderen Stellenwert. Sie müssen anders eingeordnet werden. Vielleicht ist das eine Frage, die Herr Prof. Hasebrink noch ergänzen kann.

Vorsitzende:

Möchte Herr Prof. Hasebrink noch etwas dazu sagen?

Prof. Dr. Uwe **Hasebrink** (Hans-Bredow-Institut):

Ja gerne, wenn ich die Gelegenheit dazu habe. Die Studie für BKM, über die ich kurz berichtet habe, ging in die Richtung: Als wir es den Befragten selber überlassen haben, was Relevanz bedeutet, haben wir sie nach dem persönlich Relevanten gefragt. Da gibt es Abweichungen von dem tatsächlich genutzten. Das ist eine wichtige Ergänzung und ein interessanter Hinweis. Wir kommen da einen Schritt weiter, wenn wir erfahren, dass GMX ein, für die politische Meinungsbildung in Deutschland relevanter Akteur ist. Oder das Facebook eine der wichtigsten Infor-

mationsquellen für die politische Meinungsbildung ist. Deswegen glaube ich, dass das schon in diese Richtung geht.

Ich würde gern auf einen Punkt, den Herr Dr. Feist und andere vorhin angesprochen haben, eingehen: Medienkompetenz und ihre Bedeutung in der Studie. Das haben wir mit „EU-Kids-Online“ parallel auf europäischen Ebenen bearbeitet. Wie gehen Kinder und Jugendliche, im europäischen Vergleich, mit den Medien um? Ich will eine meiner Hauptbeobachtungen in diese medienpolitische Diskussion hier einbringen. Ich habe den Eindruck, dass die jüngere Generation in Deutschland, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, bemerkenswert zurückhaltend ist. Das Wort hatte Frau van Eimeren schon benutzt. Das Potenzial wird seltener ausgeschöpft und es ist ein sehr viel eingengerteres Spektrum vorhanden. Wenn man versucht zu messen, welche Kompetenzen vorhanden sind, sind die Ergebnisse eher mittelmäßig bis schlecht. Es gibt Hinweise darauf, dass dies damit zusammenhängt, dass Eltern, Gesellschaft und Politik in der gesamten Debatte eine merkwürdig skeptische Haltung gegenüber dem Internet haben. Es gibt eine Neigung, Risiken zu betonen und zu vermeiden, dass etwas Schlimmes passiert. Es ist gut, dass es diese Debatte zum Jugendmedienschutz gibt. Da gibt es wiederum Vorteile, die man international auch vergleichen kann. Sie wird manchmal übertrieben. Wie tragen wir jetzt zu Qualitätsjournalismus bei? Wie können wir selber aktiver werden, um so etwas wie Weblogs oder interaktive Formen der Partizipation mitzugestalten? Da ist, aus meiner Sicht, noch wenig Feuer, im europäischen Vergleich.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Es gibt jetzt zwei Wortmeldungen. Zunächst Sie dort oben und dann Sie gegenüber.

Prof. Dr. Ulrich **Pätzold**:

Ich war Journalistikprofessor in Dortmund und bin jetzt emeritiert. Ich stamme also aus der alten Medienwelt, und lebe jetzt in der neuen Internet-Welt. Ich

möchte zunächst einmal ein Kompliment machen: Ich habe mir diesen Bericht durchgelesen und hatte den Eindruck, nachdem man in den letzten Jahren schon halbe Bibliotheken über dieses Thema hat rezipieren dürfen, dass wir eine erfrischend gute und kurze zusammenfassende Darstellung bekommen haben. Es geht um die Probleme auf dem Weg der Transformation aus alten Medienverhältnissen hin in die Digitale-Welt. Insofern zunächst mal mein Kompliment. Mir ist etwas aufgefallen, und das möchte ich einfach als Anregung einbringen: Ich knüpfe da ein wenig an die Leitfrage der Vorsitzenden an. Sie machen methodisch, meines Erachtens, einen Schritt zu wenig. Sie beobachten die Entstehung der neuen Infrastruktur, die natürlich auch in die alten Mediensysteme hineinwächst. Sie beschäftigen sich auch damit, welche Veränderungen in den alten Medien durch dieses Hineinwachsen in die digitalen Strukturen stattfinden. Sie sehen daraus einige Fragen, die wir mit Stichworten wie Qualitätsjournalismus und ähnlichem ausstatten. Dann aber, glaube ich, machen wir alle einen großen Fehler. Wir erwarten, entweder vom Staat, über Regulierungen oder Gesetze, oder durch irgendeinen sich selber entwickelnden Prozess, dass diese Leistungen, Qualität, Pluralität und ähnliches, die wir für besonders wichtig halten, für die wir besondere Vorkehrungen treffen wollen, aus dem alten Mediensystem überhaupt noch kommen können. Da würde ich ein großes Fragezeichen dahinter setzen. Ich bin inzwischen überzeugt, nehmen wir mal nur das Beispiel Zeitungen, dass dieses alte Mediensystem Tageszeitung, nicht mehr die notwendigen Ressourcen hat, um Qualitätsjournalismus hervorzubringen. Darüber könnte ich lange reden und viele Belege bringen. Auf der anderen Seite entwickelt sich im Internet etwas ganz anderes, was die öffentliche Kommunikation angeht. Das hat meines Erachtens viel mit Macht zu tun. Da meine ich, müssten Politiker hellhörig und hellsichtig werden. Es entwickeln sich nämlich neue Kommunikationsmonopole. Google ist, bezogen auf die digitale Welt, inzwischen ein „Medium“ für mich, ein wichtigerer öffentlicher Informationsmakler und -anbieter als Bild.de oder Springer-Online.

Auch Facebook wurde gerade genannt: Wir haben Plattformen, an die wir politisch gar nicht mehr herankommen. Die agieren international oder global, und

sind nur sehr beschränkt unseren Regulierungsmöglichkeiten ausgesetzt. Ich will damit nur eine Anregung geben: Zu der Verfolgung dessen, was in der digitalen Welt passiert, gehört auch die Frage, wie neue kommunikationsrelevante Mächte entstehen? Meistens sind die strukturiert, wie Macht immer strukturiert war, dazu gehört Ökonomie, aber auch ein politischer Regelrahmen, der Gesetz sein muss. Ich denke mal, es gibt in Bezug auf das Internet, dessen Charme es über viele Jahre war, dass so wenig wie möglich reguliert sein sollte, einen ziemlich hohen Regelungsbedarf, in Bezug auf die „Vermachtung“ von Kommunikation. Da glaube ich, reicht der nationale Rahmen nicht mehr, sondern, da müssen wir im europäischen oder gar weltweiten politischen Rahmen herangehen. Aber diese Prozesse müssten eingeleitet werden.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Ganz herzlichen Dank. Mit der Frage nach sich verändernden Kommunikationsstrukturen und den damit verbundenen Machtverhältnissen haben wir uns einmal in einer TAB-Studie im Jahr 2005 befasst. Natürlich hat sich seit dem ganz viel verändert. Damals war von Facebook et al. überhaupt noch nicht die Rede. Das ist in der Tat eine Anregung, gerade an die hier verbliebenen Mitglieder des Bundestages, uns gegebenenfalls mit Folgeaktivitäten zu beauftragen. Vielen Dank.

Jetzt wären Sie als nächster angesprochen.

Jürgen **Grützner**, (Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten) (VATM):

Ich bin Geschäftsführer des VATM, das sind die Telekommunikationsunternehmen in Deutschland, die im Wettbewerb zur Telekom versuchen, Breitband bis möglichst nahe an die Endkunden heranzubringen. Ich möchte Ihre Anmerkung, Frau Vorsitzende, aufgreifen, dass es mehr auf Qualität ankommt. Wir müssen ein Verhältnis zwischen Qualität, Geschwindigkeiten, Technologien und Kosten herstellen, wenn wir hier politisch zu einer Entscheidungsfindung oder zu Ratschlägen kommen wollen.

Ich denke, es ist ganz wichtig, Frau Rößner hat gesagt, dass es eigentlich mehr um eine Grundversorgung geht. Herr Dörmann hat auch betont, dass die höher liegen sollte, als sie heute von der Bundesregierung festgelegt ist. Das ist unstrittig. Selbst bei der Bundesregierung würde man heute wahrscheinlich, wenn man das jedes Jahr neu festlegt, bei zwei Megabit oder schon ein bisschen höher sein. Die realen Anschlüssen liegen in der Tat auch schon bei einem, regelmäßig auch schon bei zwei Megabit oder höher. Bei der Diskussion um 50 oder 100 oder noch mehr Megabit, findet ein Wettlauf statt. Trägt das wirklich noch zur Qualität und Pluralität bei? Was macht man damit? Warum bauen die Japaner das? Wofür wird das eigentlich angewandt? Wofür tun wir das? Dann muss man erkennen, dass wir im Augenblick bei unseren Planungen sagen, dass wir damit über die Kupferleitung Fernsehen – in HD-Qualität – an drei Fernseher gleichzeitig, bis zum Endkunden bringen wollen. Das sind im Augenblick die Zielvorstellungen, weswegen man überhaupt 50 oder 100 Megabit in die Diskussion hineinbringt. Wenn man jetzt weiß, dass in Japan nur über dieses Element Fernsehen geschaut wird, und Satellit oder TV-Breitbandkabel da keine Rolle spielen, dann sind die Gründe, warum die Japaner ganz scharf auf 50 Megabit sind, natürlich ganz andere: Die bekommen sonst kein Fernsehen. Wir kriegen aber Fernsehen, und das ist auch gut so. Wenn man sich anschaut, dass in Australien Milliarden vom Staat ausgegeben werden, ist das kein Selbstwert, sondern die Frage, ob es schlau ist, dass der Staat das tut. Wollen wir das auch? In den USA zahlt jeder Bürger einstweilen 16 Dollar pro Monat, damit überhaupt ein Universaldienst in den USA gefördert wird und man dort Bandbreiten auf das Land bekommt. Wollen wir, dass jeder Bürger 16,00 Euro bezahlt? Ist das ein Ziel, dass DIE LINKE sagt, wir wollen 16,00 Euro Sonderkosten haben? Oder mache ich es über einen Universaldienst? Das zahlen auch nicht die Unternehmen. Was die Unternehmen dort finanzieren, müssen die Kunden bezahlen. Es bezahlt immer am Schluss der Bürger, ganz gleich, was wir tun. Wenn ich mir ansehe, dass es in anderen Ländern Breitbandkabel über Überlandleitungen gibt, in Korea in der siebten Etage an den Hochhäusern verlegt, dann fragen wir uns natürlich auch, warum wir diese nicht wenigstens in Bayern, oder in anderen Ländern mit solchen Leitungen, nutzen dürfen.

Dann hätten wir in fast jedem Ort in Bayern längst Breitband. Wenn wir es dort aber verbauen wollen, sagt der Bürgermeister, ihr müsst jetzt unter die Erde, oder ihr zahlt eine Sonderabgabe, damit wir mit der nächsten Leitung unter die Erde kommen. Ich möchte nur auf eines hinweisen: Mit jeder Fördermaßnahme, mit jedem staatlichen Anreiz, minimieren Sie die Anreize zu einer nichtstaatlichen Finanzierung. Sie vergrößern damit immer mehr die Bereiche, in denen staatlich eingegriffen werden muss. Je mehr Sie mit solchen staatlichen Eingriffen in der Zukunft sagen, was getan wird, vergrößern Sie das Volumen, in dem letztlich der Staat helfen muss. Deswegen nehmen Sie die Qualität und lassen Sie möglichst viel von der Arbeit durch den Wettbewerb erledigen. Der Rest muss dann über den Staat finanziert werden. Der Rest sollte klein sein.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Erst mal vielen Dank, dass Sie auf das Problem des Wettlaufs aufmerksam gemacht haben. In der TAB-Studie ist nicht gesagt worden, je mehr, umso besser. Der Vergleich ist schon sehr differenziert vorgenommen worden, auch der Vergleich mit anderen Infrastrukturen. Das Wort Grundversorgung legt es nahe: Frau Canel hat den U-Bahn Bau angeführt. In der Tat kann man sich mal über Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zu vorhandenen Infrastrukturen unterhalten, und sich fragen, wo wäre denn hier ein Maß, wo eine öffentliche Aufgabe besteht und wo nicht. Das wäre erst noch zu diskutieren. Ich habe noch vier Wortmeldungen auf der Liste: Frau Dr. Sitte, Frau Rößner, Herrn Dr. Feist und Herr Dörmann. Dann denke ich, ist unsere Zeit auch abgelaufen. Frau Dr. Sitte.

Abg. Dr. Petra **Sitte** (DIE LINKE):

Wir können das jetzt sowieso nicht in der Breite diskutieren. Ich will nur zu dem letzten Beitrag noch mal sagen, dass wir eine Entwicklung zu konstatieren haben, in der es auch Defizite gibt, die selbstverständlich mit der Geschäftspolitik der Unternehmen zu tun haben. Da ist die Frage, in welchem Verhältnis steht Renditeerwartung zu dem, was wir als Gesellschaft brauchen, um Zugang zu Information und Wissen zu sichern. Das hängt mit der Frage von Zugangsgerechtigkeit zu-

sammen und hat mit den Ausgangssituationen zu tun. Was wir jetzt diskutieren, hat damit zu tun, dass wir ergebnisbasiert diskutieren, unter Berücksichtigung dessen, was wir vorfinden und wie andere Länder vorgegangen sind. Es heißt nicht, das eins zu eins übernehmen. Ich habe ausdrücklich davon gesprochen, dass es um ein kooperatives Modell geht. Wenn sich aber die Bürger oder die Bürgerinnen dann wehren und sagen, wir bekommen es weder von Seiten des Landes, wie es Frau Canel angedeutet hat, noch von Seiten der Unternehmen, dann schließen wir uns einfach zusammen, und schaffen uns unsere Modelle, um diese Zugänge zu sichern. Ich hoffe nur, dass sie nicht zum gegebenen Zeitpunkt verkauft werden, nachdem sie als Basistechnologie bereitgestellt worden sind. Insofern kann ich auf der einen Seite zwar Ihre Argumentationslinie nachvollziehen, aber auf der anderen Seite sage ich, wir haben hier eine politische Verantwortung, die an beide Seiten denken muss, und das auch tut.

Das zweite, was ich noch mal sagen wollte, zum Punkt „Vermachtung“ und Leitmedien: Wir haben das auch in unserer Projektgruppe intensiv diskutiert, weil wir gesagt haben, damit müssen wir sehr sensibel umgehen. Was ist denn zugänglich an Inhalten? Das hat vorhin auch bei der Debatte um Gatekeeper eine Rolle gespielt. Da gibt es einen Wandlungsprozess, den die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten durchmachen, auch vor der Frage, wie kann man denn diese Aufgabe konditionieren? Was zeichnet denn öffentlich-rechtliche Angebote gegenüber privaten aus? Da geht es nicht nur darum, dass die den Rest abgrasen, den Private nicht leisten. Wenn man das mal übereinander legt, gibt es viele kritische Massen zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten. Insofern glaube ich, dass die Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen, vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung, immer wieder überdacht und neu bestimmt werden muss. Sie nehmen eine sehr wichtige Funktion in der Gesellschaft wahr.

Letzte Anmerkung: EU-Regelung. Ja, ich sehe es ich ganz genau so, dass wir auf diesen Ebenen maßgeblich mit ansetzen müssen. In bestimmten Bereichen kann

es zu der Thematik Netzpolitik prinzipiell keine nationalen Lösungen mehr geben.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Herzlichen Dank, Frau Dr. Sitte. Frau Rösner.

Abg. Tabea **Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Als erstes versuche ich, eine kurze Antwort auf Prof. Pätzold zu geben: Sie haben natürlich recht mit Ihrer Anmerkung. Darauf wollte ich noch eingehen, aber dann war die Zeit zu kurz. Natürlich haben Sie recht, dass wir hier mit ganz neuen Playern zu tun haben und das wir schauen müssen, wie wir die mit einbinden können. Ich denke schon, dass, wenn man die Plattformregulierung auf nationaler Ebene ausweitet, man die auch mit in Haftung nehmen kann. Das reicht natürlich nicht aus. Natürlich ist es viel wichtiger, sich auf EU-Ebene einig zu werden und möglicherweise internationale Vereinbarungen zu treffen. Dass dies notwendig ist, da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir brauchen natürlich auch eine Garantie von Netz- und Suchneutralität, und damit geht Transparenz einher. Da haben wir große Fragezeichen, die wir auch immer wieder formulieren. Das war auch ein großes Thema in der Internet-Enquete und in der Projektgruppe. Was den öffentlich-rechtlichen Auftrag angeht, denke ich, sind wir uns auch einig: Der gesellschaftliche Konsens ist da, aber die Frage des Auftrages, die verändert sich natürlich auch mit der zunehmenden Konvergenz der Medien. Die Entwicklungsgarantie, die auch die Transformation des Öffentlich-Rechtlichen ins Internet gewährleisten muss, bedeutet, dass wir uns natürlich den Auftrag immer wieder vor Augen führen und diskutieren müssen.

Zum Thema Breitband möchte ich noch mal das Beispiel nennen: Wenn ich in Rheinland-Pfalz bin, im ländlichen Raum, mache ich viele Touren zum Thema Breitbandversorgung. Es gibt Förderprogramme von der Landesregierung, aber einige Orte bekommen nicht mal ein Angebot. Die können keine Förderprogramme in Anspruch nehmen, weil sie überhaupt keine Basis dafür haben. Frau Dr.

Sitte hat es richtig gesagt: Da sind wir die politisch Verantwortlichen. Wir müssen Lösungen dafür finden. Wir haben nicht die Verantwortung, dass bis zum Ausiedlerhof Glasfaser gelegt ist, sondern dass eine Grundversorgung da ist. Wir haben auch diesen Weg der Universaldienstverpflichtung als Möglichkeit gesehen. Man kann darüber diskutieren, wenn es voran schreitet. Ich sage immer, wenn es so gut läuft, wie Sie immer sagen, dann brauchen Sie sich über die Universaldienstverpflichtung keine Sorgen machen.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Vielen Dank. Herr Dr. Feist.

Abg. Dr. Thomas **Feist** (CDU/CSU):

Das ist immer das Gleiche: Wenn es am schönsten und interessantesten wird, muss man so langsam aufhören. Frau Rößner, es ist interessant, dass die Grünen jetzt ihr Herz für mehr Kontrolle im Internet entdeckt haben. Wir haben über Regulierung gesprochen, Reglementierung ist aber etwas anderes. Wenn wir etwas vorschreiben, ist das ein spannendes Thema. Darüber kann man sehr kontrovers diskutieren. Die Frage für mich ist, welche Wertigkeit hat das? Wenn es um internationale Regelungen geht, würde ich mich eher für internationale Regelungen, zum Beispiel im Bankenwesen, einsetzen. Das wäre mir wichtiger, als zum Beispiel etwas mit Facebook zu machen, um da irgendwelche alten Bildchen zu löschen. Die Frage ist auch gestellt worden, dass wir uns als Politik kümmern müssen. Das mag richtig sein. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, aus dem Land, das untergegangen ist, dass die Bürger sich auch selbst kümmern. Frau Kollegin Dr. Sitte, die auch in diesem Land groß geworden ist, hat da vorhin Genossenschaften genannt. Ich kann mich noch an Gemeinschaftsantennen für den Westempfang erinnern. Da gab es keine staatlichen Subventionen. Das haben die Leute einfach selber gemacht. Wenn die Menschen auf dem Land interessiert sind, so etwas zu machen, werden sie auch einen fitten Bürgermeister und eine fitte Bürgermeisterin finden, die sagen, wir wollen die Menschen hier halten. Dann gibt es natürlich auch Geld vom Staat. Wir hatten vorhin auch darüber gesprochen: Was

machen die Länder für den ländlichen Raum? Sachsen stellt zum Beispiel in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich 10 Millionen Euro genau dafür bereit. Das finde ich richtig, aber es geht zur Not auch ohne jede Subvention.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Herzlichen Dank. Herr Dörmann, mit dem letzten inhaltlichen Input zu dieser Veranstaltung.

Abg. Martin **Dörmann** (SPD):

Vielen Dank, Herr Prof. Grunwald. Zwei kurze Hinweise, auch zu Prof. Pätzold: Die Schwierigkeiten der Zeitungen haben wir heute thematisiert. Ich würde sie trotzdem noch nicht ganz abschreiben, weil auf absehbare Zeit ohne Print mit Journalismus unterm Strich kaum Geld zu verdienen sein wird. Es wird am Ende auf intelligente Lösungen von Kombinationsmodellen ankommen. Außerdem wird es unterschiedliches Nutzerverhalten auch noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten geben. Ich glaube, das muss abgedeckt werden. Zum Thema Intermediäre, Google und Co., schließe ich mich denen an, die sagen, wir können einen Teil national regeln. Nicht alles, aber man kann natürlich durchaus eine Plattformregulierung machen. Man kann bei der Suchmaschinenneutralität mal darüber nachdenken, gibt es vielleicht Möglichkeiten, so jedenfalls ein Vorschlag eines Medienprofessors, der da an mich herangetreten ist, dass man bei Google ein kleines vertrauliches Gremium einrichtet, wo zumindest mal die Algorithmen transparenter gemacht werden. Wenn es da Bedarfe gibt, kann man, sehr vorsichtig, Konsequenzen daraus ziehen. Dann noch ganz kurz zu Herrn Jürgen Grützner: Wir sind ja ständig im Austausch. Ich halte noch mal fest, Du hast es richtig gesagt, zwei Megabit haben wir weitgehend. Deshalb sage ich, die bestehende Lücke macht keine Marktverwerfung. Ich glaube aber, wenn es Gemeinden gibt, und das sind nicht ganz unerhebliche Haushalte, die diese Grundversorgung nicht haben, dann ist die Politik auch in der Pflicht.

Wir sprechen immer davon, den Unternehmen und den Bürgern Planungssicherheit zu geben. Das soll die Universaldienstverpflichtung sicher stellen. Bei der Frage der Höhe der Bandbreiten, ich habe es vorhin noch mal ausdrücklich gesagt, beteilige ich mich an keinen Wettläufen. Ein Telekom-Vorstand hat mir zum Beispiel gesagt, mit 40 Megabit kann eine vierköpfige Familie gut versorgt werden. Alle vier können, unabhängig voneinander, Geräte wie IP-TV und Computer nutzen. Vieles andere ist natürlich Marketing. Nur der entscheidende Punkt ist, wie bekommen wir die Glasfaser in einem Bereich zwischen zwei und 40 Megabit so ausgebaut, dass nicht am Ende die letzten 20 Prozent herunterfallen. Da gibt es durchaus Gefahren. Wenn man einen Mehrjahresplan macht, wo man in erster Linie auf private Investitionen setzt, und staatliche Anreize so setzt, dass eine möglichst großer Hebelwirkung in diesen Regionen entfaltet wird, dann braucht das den Staat nicht arm zu machen. Wir bekommen eine sehr breite Entwicklung hin, und dass muss am Ende unser aller Interesse sein. Das ist kein Zweijahresprogramm, da sind wir uns einig. Das wird auch in den anderen 80 Prozent nicht der Fall sein. Aber ich glaube, da muss es intelligente Lösungen geben, die wirklich nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Prof. Dr. Armin **Grunwald** (KIT):

Ganz herzlichen Dank. Es ist so wie Herr Dr. Feist sagte, jetzt sind wir, glaube ich, wirklich schön warm gelaufen und könnten gut weiter machen. Dafür müssen wir andere Gelegenheiten suchen, und werden sie auch finden. Ich danke Ihnen für die engagierte Teilnahme und für die sehr sachlichen und zugespitzten Beiträge. Damit gebe ich zurück an Frau Burchard.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Zum Abschluss drei Dinge: Ich ziehe keine Bilanz eines solchen Gespräches, das wäre vermessen. An Stelle dessen, mache ich einen Vorschlag, eine Anregung, an die Kollegen im nächsten Bundestag, wie man dieses Thema weiter bearbeiten kann. Denn ich glaube, das steht hier wirklich greifbar mitten im Raum, so ein Projekt muss weiter bearbeitet werden.

Herr Kollege Dr. Feist und alle anderen, die hier sitzen: Ich rege an, dass Sie das hoffentlich aufgreifen. Nehmen Sie das als Ausdruck meiner Wertschätzung und meines Vertrauens, dass Sie die Dinge gut weiterleiten und in die Hand nehmen werden.

Ich habe zwei Vorschläge, die ich einfach so hinstelle: Das eine wäre Lage und Perspektiven des Journalismus im Zeitalter des medialen Strukturwandels. Das könnte im Anschluss ein spannendes Thema sein. Ich glaube, dass wurde auch noch nirgendwo richtig bearbeitet.

Das andere: Macht, Medien und Meinungsbildung; Implikation des dualen Wandels für Demokratie und Gesellschaft. Ich glaube, das sind ausbaufähige Vorschläge. Ich hoffe, damit aufgezeichnet zu haben, dass da weitere Fragen sind, die bearbeitet werden müssen.

Zweiter Punkt: Ich darf mich ganz herzlich bei allen bedanken, die heute zu uns gekommen sind, insbesondere bei den Bearbeitern des Projektes. Mein Dank gilt auch Frau van Eimeren und allen Herren, die uns heute mit Informationen und ihren Beiträgen zu weiteren Erkenntnissen verholfen haben.

Mein Dank geht natürlich auch an alle, die gekommen sind, und Öffentlichkeit hergestellt haben. Zum Abschluss erlaube ich mir immer einen Wunsch: Ich wünsche mir, dass Sie heute den Eindruck gewonnen haben, dass der Bundestag in Person seiner real existierenden und agierenden Abgeordneten, völlig anders ist, als das normalerweise medial vermittelte Bild. Sie haben ein Stückchen mit erlebt, mit welcher Intensität und Leidenschaft, und mit wie viel Zeit, wir uns nicht nur mit den oberflächlichen „Schlagabtausch-Themen“ befassen, sondern mit den wirklich grundsätzlichen Fragen, die Gesellschaft im weitesten Sinne betreffen. Wir haben auch das Angebot, jetzt kommt wieder der Werbeblock, gehen Sie auf die Bundestagshomepage, schauen Sie sich das an, Sie können sich das tatsäch-

lich, im wahrsten Sinne des Wortes, alles ansehen. Die Mediathek ist wunderbar: Sie können sich jede Plenarrede anschauen und alle öffentlichen Veranstaltungen, die hier stattgefunden haben. Sie können sich bei Gelegenheit da das eine oder andere in Erinnerung rufen. Deswegen der Wunsch, kurz zusammengefasst, reden Sie gut über uns. Das wäre, glaube ich, für viele ganz hilfreich und für das Klima in diesem Lande auch von Nutzen. Herzlichen Dank noch mal. Kommen Sie gut überall dahin, wo Sie heute noch hin wollen.

Ende der Sitzung: 16.36

Ulla Burchardt, MdB

Vorsitzende

Bearbeiter: Nicole Kastner/Stefan Jokel/Friedhelm Kappenstein

Materialien zum öffentlichen Fachgespräch "Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien. Ausgewählte Aspekte des Medienwandels und ihre politischen Implikationen"

Bericht „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“
des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

16. Januar 2013

Inhalt

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Programm des öffentlichen Fachgesprächs | 2 |
| 2. | Präsentation „Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien“, TAB Berlin | 5 |
| 3. | Präsentation „Statement , Breitbandpolitik““, wik consult Bad Honnef | 11 |
| 4. | Präsentation „Leitmedien in Zeiten des Internets“, HBI Hamburg | 16 |



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Wirtschaft und
Technologie

Öffentliches Fachgespräch

zum Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag

„Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“

Thema:

Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien.

Ausgewählte Aspekte des Medienwandels und ihre politischen Implikationen

Termin:

16. Januar 2013, 14.00 – 16.30 Uhr

Ort:

Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E. 300

Im Mittelpunkt des Fachgesprächs stehen drei ausgewählte Aspekte des Zugangs zur Informationsgesellschaft. Zunächst geht es um die Frage, wie ein glasfasergestütztes Hochleistungsnetz (Breitbandinternet) aufgebaut werden kann und welche Rolle die Politik dabei einnehmen soll. Ein zweites Thema sind die Nutzungsmöglichkeiten und die Nutzungsbereitschaft der Bevölkerung. Immer noch haben 30 Prozent aller Haushalte in Deutschland keinen breitbandigen Zugang zum Internet. Als drittes Thema wird der Zugang zu politisch und meinungsrelevanten Informationen behandelt. Zu diskutieren ist hierbei, ob das Internet inzwischen zu einem Leitmedium für die öffentliche Meinungsbildung geworden ist und welche Folgerungen daraus für die Regulierung des Medienbereichs zu ziehen wären.

Das Fachgespräch basiert auf dem TAB-Bericht „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“, in dem die Dynamisierungsprozesse analysiert wurden, die die Digitalisierung der traditionellen Medien und die Ausbreitung des Internets ausgelöst haben. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage, welche prinzipiellen Gestaltungsoptionen es für die Politik im Zusammenhang von Breitbandinternet, Medienkonvergenz und der zunehmenden Bedeutung des Internets gibt und wie die mit dem Medienwandel verbundenen Innovationspotenziale zur Entfaltung gebracht werden können, ohne dabei die Grundsätze der Anbieter- und Meinungsvielfalt aus den Augen zu verlieren.

Programm

Mittwoch, 16. Januar 2013

14.00 Uhr Begrüßung und Einführung

Ulla Burchardt, MdB,

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ernst Hinsken, MdB,

Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie

Axel E. Fischer, MdB,

Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

14.10 Uhr Präsentation der Ergebnisse

des TA-Projekts und einleitende Thesen

Prof. Dr. Armin Grunwald,

Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)

Dr. Bernd Beckert

Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI,
Projektleiter der TAB-Studie

14.30 Uhr Statement „Breitbandpolitik“.

Dieter Elixmann,

Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste Bad Honnef (WIK), Gutachter für
die TAB-Studie

14.40 Uhr Statement „Welchen Zugang haben Offliner zur digitalen Welt?“

Birgit van Eimeren,

Bayerischer Rundfunk Unternehmensplanung und Medienforschung

14.50 Uhr Statement „Leitmedium Internet“

Prof. Dr. Uwe Hasebrink, Hermann-Dieter Schröder,

Hans-Bredow-Institut Universität Hamburg, Gutachter für die TAB-Studie

15.00 Uhr Stellungnahmen der Fraktionen

Dr. Thomas Feist, MdB (CDU/CSU)

Martin Dörmann, MdB (SPD)

Sylvia Canel, MdB (FDP)

Dr. Petra Sitte, MdB (DIE LINKE.)

Tabea Rößner, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

15.30 Uhr **Diskussion**

Moderation:

Prof. Dr. Armin Grunwald (KIT)

16.20 Uhr **Schlussworte**

Ulla Burchardt, MdB,

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ernst Hinsken, MdB,

Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie

Axel E. Fischer, MdB,

Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Kontakt/Information

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Platz der Republik,
11011 Berlin

Tel.: 030 227-33543, -33121

E-Mail: bildungundforschung@bundestag.de

Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim
Deutschen Bundestag (TAB)
Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Tel.: 030 28491-0

E-Mail: buero@tab-beim-bundestag.de

www.tab-beim-bundestag.de

Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien

Öffentliches Fachgespräch zum Bericht

„Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“
des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Berlin, 16. Januar 2013

Dr. Bernd Beckert und Ulrich Riehm

Fragestellungen und Schwerpunkte des TAB-Berichts „Zugang zur Informationsgesellschaft“

Fragestellungen

- › Medienwandel durch Digitalisierung und Konvergenz
- › medienpolitische Implikationen für den Zugang zur Informationsgesellschaft

Ebenen des Zugangs

- › technischer Zugang zu den Netzen
- › Zugang der Inhaltenanbieter zu „Plattformen“
- › Zugang der Nutzer zu gesellschaftlich relevanten Informationen

Schwerpunkte

- › Breitbandstrategien im internationalen Vergleich
- › Analyse des langfristigen medialen Wandels

Schwerpunkt 1: Breitbandpolitik im Sechsländervergleich

Ausgewählte Länder

Deutschland, Australien, Finnland, Großbritannien, Japan, USA

Untersuchte Dimensionen

- › Ziele der Breitbandstrategie
- › Rolle des Staates
- › Open-Access-Modelle
- › Regulierung
- › Stimulierung der Nachfrage
- › Monitoring

Schwerpunkt 2: Dimensionen des langfristigen Medienwandels

Untersuchte Mediengattungen

Tageszeitung, Radio, Fernsehen, Internet

Untersuchte Dimensionen

- › technische Entwicklungen
- › ökonomische Rahmenbedingungen
- › Entwicklung des Angebots
- › Entwicklung der Nutzung
- › Leitmedium
- › Konvergenz
- › medienpolitische Herausforderungen

Drei zentrale Ergebnisse

- Breitbandpolitik: Andere Länder haben z. T. ambitioniertere Ziele bei der Breitbandversorgung als Deutschland.
- Anbieter- und Meinungsvielfalt stellen sich im Internet nicht von selbst ein. Regulierung ist weiterhin erforderlich.
- Leitmedium: Fernsehen ist weiter das Leitmedium für die öffentliche Meinungsbildung. Aber insbesondere in der jungen Nutzergruppe zeichnet sich eine Verschiebung hin zum Internet ab. Tageszeitungen verlieren deutlich.

1. Andere Länder haben ambitioniertere Ziele bei der Breitbandversorgung

Land	Ziele
Deutschland	50 Mbit/s für 75 % aller Haushalte bis 2014, langfristig flächendeckend
Australien	100 Mbit/s für 93 % aller Haushalte bis 2021
Finnland	100 Mbit/s für 99 % aller Haushalte bis 2015 (Glasfaser im 2-km-Umkreis)
Großbritannien	„superfast broadband“ bis 2015 in allen Teilen des Landes
Japan	Über 100 Mbit/s für 100 % aller Haushalte bis 2015
USA	100 Mbit/s für 90 % aller Haushalte bis 2020

Stand: Herbst 2012

2. Anbieter- und Meinungsvielfalt im Internet stellen sich nicht von selbst ein

potenziell: unendliche Vielfalt, jeder kann im Internet publizieren, keine Hindernisse für neue Angebote und Geschäftsmodelle

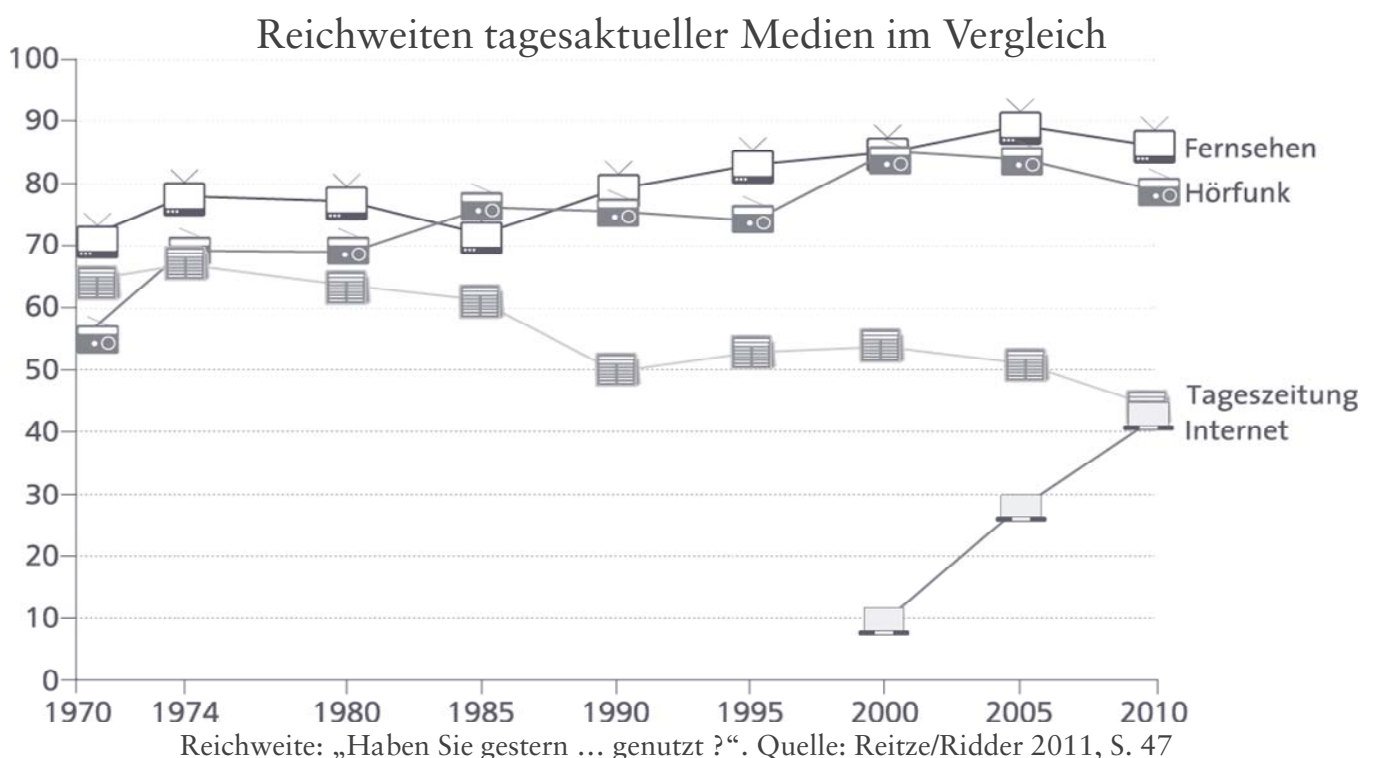
faktisch:

Anbieter	Nutzer
Marktmacht und neue Zugangsbarrieren können die Vielfalt einschränken.	Nicht alle nutzen das Internet. Und bei denen, die es nutzen, ist das Repertoire oft begrenzt.

Herausforderungen für die Medien- und Netzpolitik:

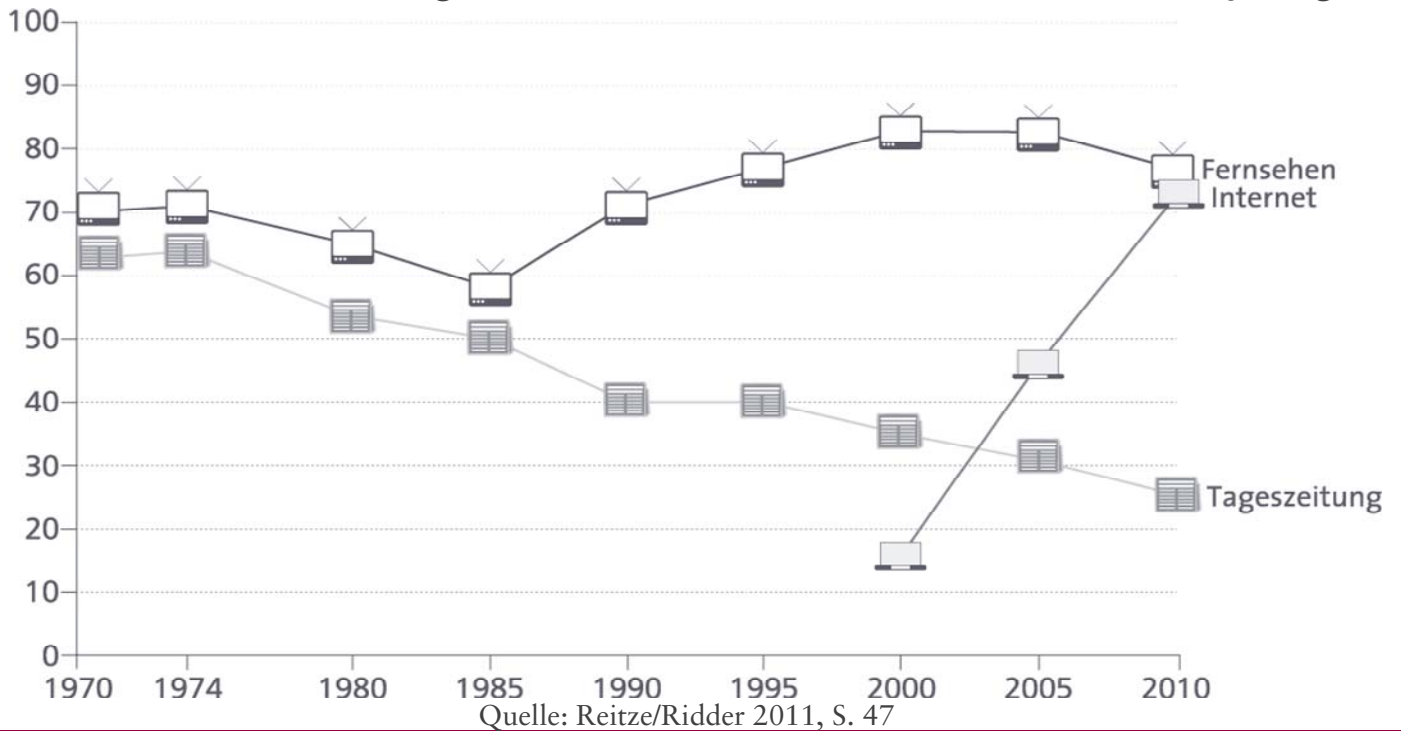
Anbieter	Nutzer
<ul style="list-style-type: none"> > Zugang zur TK-Infrastruktur > geschlossene Systeme (z.B. E-Book-Reader, Apps für Smartphones) > Suchmaschinen 	<ul style="list-style-type: none"> > digitale Kluft > Medienkompetenz

3. Fernsehen weiter Leitmedium, aber Internet holt auf, Tageszeitungen verlieren deutlich



3. Fernsehen noch Leitmedium, aber Internet holt auf, Tageszeitungen verlieren deutlich

Reichweiten von Zeitung, Fernsehen und Internet bei den 14- bis 29-Jährigen



3. Fernsehen noch Leitmedium, aber Internet holt auf, Tageszeitungen verlieren deutlich

Medienpolitische Herausforderung

Frage nach dem Leitmedium ist keine rein akademische Frage.

Konkrete Konsequenzen sind:

- › Privilegien (z.B. Frequenzuteilung)
- › Auflagen (z.B. Werbezeitenregelung, Qualitätsstandards)

Zur Diskussion:

Welche Privilegien und Auflagen sollen auf das Internet übertragen werden, welche können künftig im Print- und Rundfunk-Bereich wegfallen?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Dr. Bernd Beckert

Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung ISI, Karlsruhe

Tel.: 0721 6809-171

E-Mail: Bernd.Beckert@isi.fraunhofer.de

Vorstellung der Experten

Statement „Breitbandpolitik“

Dieter Elixmann, Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste
Bad Honnef (WIK), Gutachter für die
TAB-Studie

Statement „Welchen Zugang haben Offliner zur digitalen Welt?“

Birgit van Eimeren, Bayerischer Rundfunk Unternehmensplanung und
Medienforschung

Statement „Leitmedium Internet“

Prof. Dr. Uwe Hasebrink, Hermann-Dieter Schröder, Hans-Bredow-
Institut Universität Hamburg, Gutachter für die TAB-Studie

Statement „Breitbandpolitik“

Dieter Elixmann

Öffentliches Fachgespräch
„Breitbandversorgung, Medienkonvergenz und Leitmedien –
Ausgewählte Aspekte des Medienwandels und ihre politischen Implikationen“;
Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB);
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, 16. Januar 2013



0

Überblick

- Breitband: Der internationale Kontext
- Breitbandstrategien und „Bandbreiten“
- Nachfrage: Globale Trends Internetverkehr, Bandbreitenbedarf
- Zahlungsbereitschaft für Breitband bzw. Bandbreite
- Abdeckungsgrad, Kosten, Rolle des Staates



1

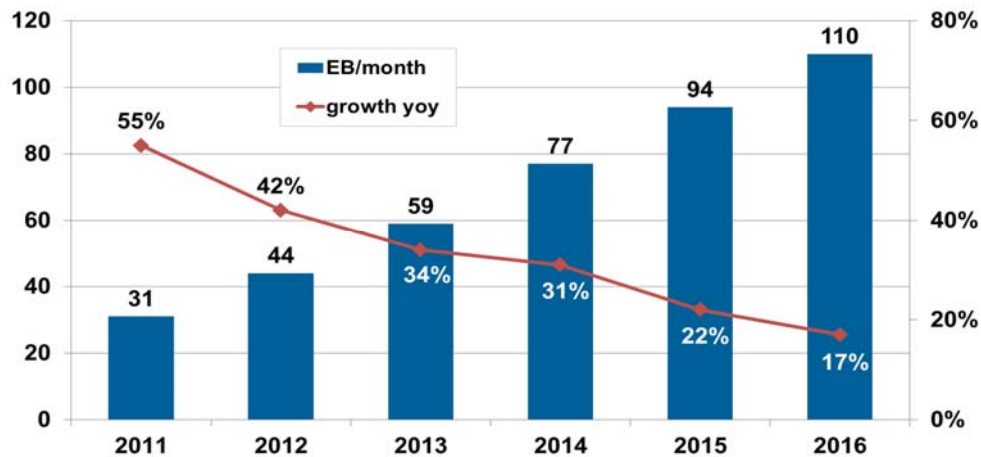
Breitband: Der internationale Kontext

- Vielzahl von nationalen Breitbandplänen (OECD (2011), DSTI/CCP/CISP(2010)9/FINAL; June 15) jeweils mit einer mehr oder weniger großen Zahl von Einzelzielen, u. a.
 - technische Parameter
 - zeitliche Parameter
 - spezielle Ziele/Instrumente für unterversorgte/ländliche Gebiete
 - häufig Einbettung der Breitband-Strategie in weitergehende IKT-Strategien
- **Thesen**
 - Volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher „Nutzen“ von Breitband-Infrastruktur im Allgemeinen und von hochbitratiger Infrastruktur im Besonderen gilt als „gesetzt“
 - Treiber: (nahezu) flächendeckender ultra-high-speed Breitbandausbau „heute“, um Stellung eines Landes im internationalen Standort- und Innovationswettbewerb zu wahren bzw. auszubauen

Breitbandstrategien und „Bandbreiten“

- Breitbandstrategien überall in der Welt fixieren i.d.R. spezifische Bandbreitenziele („Mbps“); diese politisch gesetzten Bandbreitenziele lassen jedoch große Interpretationsspielräume
 - I: Theoretische (beworbene) Download-Geschwindigkeit
 - II: Tatsächliche (garantierte) Download-Geschwindigkeit
 - III: Tatsächliche (garantierte) Download- und Upload-Geschwindigkeit
- **Thesen**
 - Die jeweilige Interpretation hat signifikante Auswirkungen auf die in Frage kommenden Technologien bzw. die Ausbaukosten
 - Konkrete Festlegungen von Anforderungen an „Geschwindigkeit“, „Symmetrie“ und ihr Erreichen können gleichwohl zu unterschiedlichen volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen führen

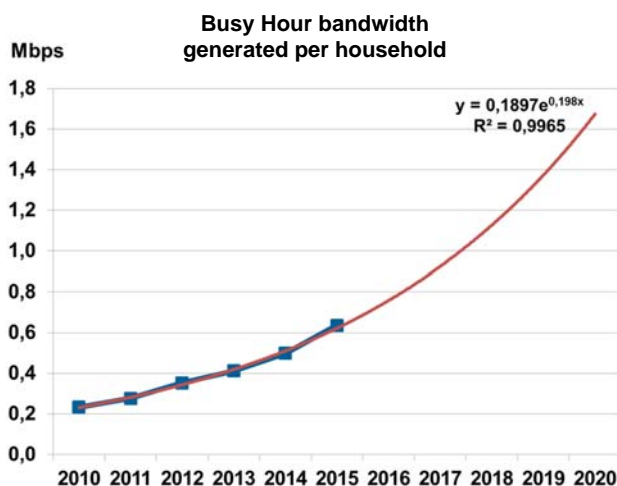
Nachfrage (1/2): Globale Trends Internetverkehr



- Der globale Internetverkehr wird sich bis 2016 gegenüber 2011 mehr als verdreifachen; die Wachstumsrate geht allerdings um mehr als 2/3 zurück.
- Der Internetverkehr ist insgesamt bis heute nicht "symmetrischer" geworden.

Nachfrage (2/2): Bandbreitenbedarf

- Der durchschnittliche "Bedarf" an "ultra-hoher" Bandbreite dürfte auch mittel- bis längerfristig eher begrenzt sein
- Dies liegt weit unterhalb der Breitbandziele in Europa



Thesen:

- Nicht jeder Nutzer nimmt zu jedem Zeitpunkt die maximale Kapazität in Anspruch
- Auf mittlere Sicht durchaus Potenzial für "shared use" Technologien (drahtlose Technologien, Kabelnetz)
- "Hohe" Bandbreiten bieten natürlich Vorteile
 - Anreiz zur Entwicklung von Applikationen mit entsprechendem Bandbreitenbedarf und deren Bereitstellung
 - Schnellere "Response" mit Blick auf alle Applikationen

Zahlungsbereitschaft für Breitband bzw. Bandbreite

- Empirische Untersuchungen ergeben:
 - Klare Hinweise auf „hohe“ Zahlungsbereitschaft ... für einen *Basis*-Breitbandanschluss
 - Heute jedoch nur begrenzte *inkrementelle* Zahlungsbereitschaft für „(ultra)-hohe“ Bandbreiten („€5/Monat“); Folge: (teilweise nur sehr) begrenzte „take-up“ Rate, wenn hochbitratige Infrastruktur verfügbar ist
- Breitbandpreise und -kosten nehmen in annähernd gleichem Umfang ab; Breitband-ARPU verharrt mehr oder weniger auf seinem Niveau
- **These**
 - Mit zunehmender Nachfrage der Endkunden nach hochbitratigen (und aus der Sicht des Endkunden werthaltigen) Diensten und Applikationen wird die Zahlungsbereitschaft zunehmen

Abdeckungsgrad, Kosten, Rolle des Staates

- Investitionen in dicht und dünn besiedelten Gebieten unterscheiden sich signifikant (in D Faktor 3-4)
- Potenzielle Ansätze zur Verbesserung der Ökonomie des Breitbandausbaus
 - Kooperation und Infrastruktur-Sharing
 - Quersubventionierung von dünn-besiedelten durch dichter besiedelte Regionen (in D: Reichweite von FTTH/P2P kann nahezu verdoppelt werden; allerdings bleiben die dünner besiedelten Cluster 14-20 defizitär)
 - ARPU-Erhöhungen (in D: Entweder die Kunden zahlen kostenorientierte Preise von 30 € - 70 €, oder alle Kunden zahlen zusätzlich ~6€ pro Monat)
 - Einmalige Investitionszuschüsse (in D: erforderlicher Zuschuss pro Subscriber von 100 – 2.400€; für einen landesweiten Ausbau sind ca. 14 Mrd. Euro Zuschuss nötig)
- **These**
 - *Vollständige* Abdeckung mit Breitbandinfrastruktur in keinem Land der Welt (unter Marktbedingungen) „profitabel“ (in D: Profitabler FTTH Ausbau je nach Architektur für 25 - 45% der Anschlüsse)
 - Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, Bürgschaften etc. für „Vollausbau“ unabdingbar

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Dieter Elixmann
WIK-Consult GmbH
Postfach 2000
53588 Bad Honnef
Deutschland
Tel.: +49 2224-9225-43
Fax: +49 2224-9225-68
eMail: d.elixmann@wik-consult.com
www.wik-consult.com

Leitmedien in Zeiten des Internets

Handout zum Öffentlichen Fachgespräch des Büros für
Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)
am 16. Januar 2013

Prof. Dr. Uwe Hasebrink & Dipl.-Soz. Hermann-Dieter Schröder

Medienpolitische Ausgangssituation



- Die Medienordnung weist dem Fernsehen in mehrfacher Hinsicht eine Sonderrolle als „Leitmedium“ zu.
 - Beispiel: Medienspezifische Konzentrationskontrolle zur Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht
- Argument: Besonderes Wirkungspotential des Fernsehens (Aktualität, Breitenwirkung, Suggestivkraft)
- Frage angesichts der Digitalisierung und Konvergenz: Ist diese Sonderrolle noch gegeben? Ist nicht mittlerweile das Internet als Leitmedium anzusehen?

Indikatoren für Leitfunktionen aus der Nutzerperspektive



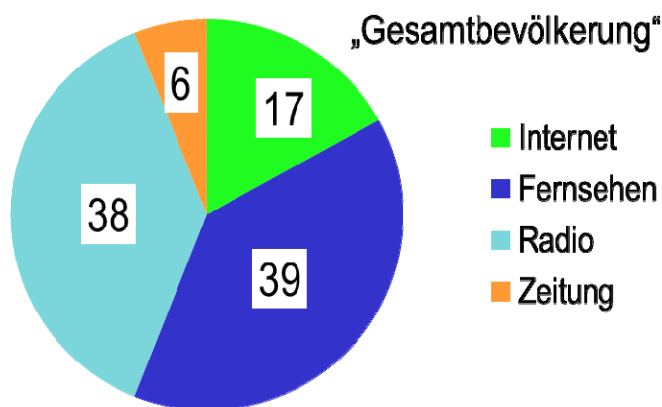
Ausgangspunkt:

Untersuchung möglicher Leitmedien aus Nutzerperspektive.

Zwei entscheidende Indikatoren:

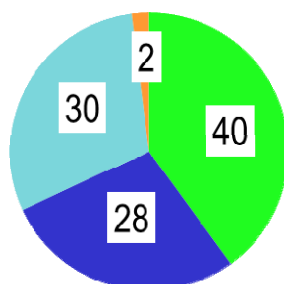
- Nutzungsdauer: Wie viel Zeit wird den verschiedenen Medien gewidmet?
- Funktionsprofile: Für welche Funktionen wird den verschiedenen Medien besondere Bedeutung zugeschrieben?

Das Medienzeitbudget in Deutschland 2011 nach Nutzergruppen

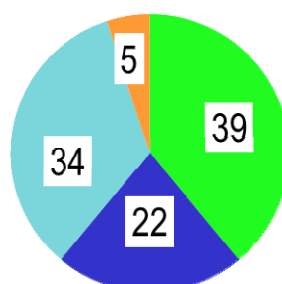


In der Gesamtbevölkerung nehmen nach wie vor Fernsehen und Radio die größten Teile des Zeitbudgets ein.

„Junge Wilde“

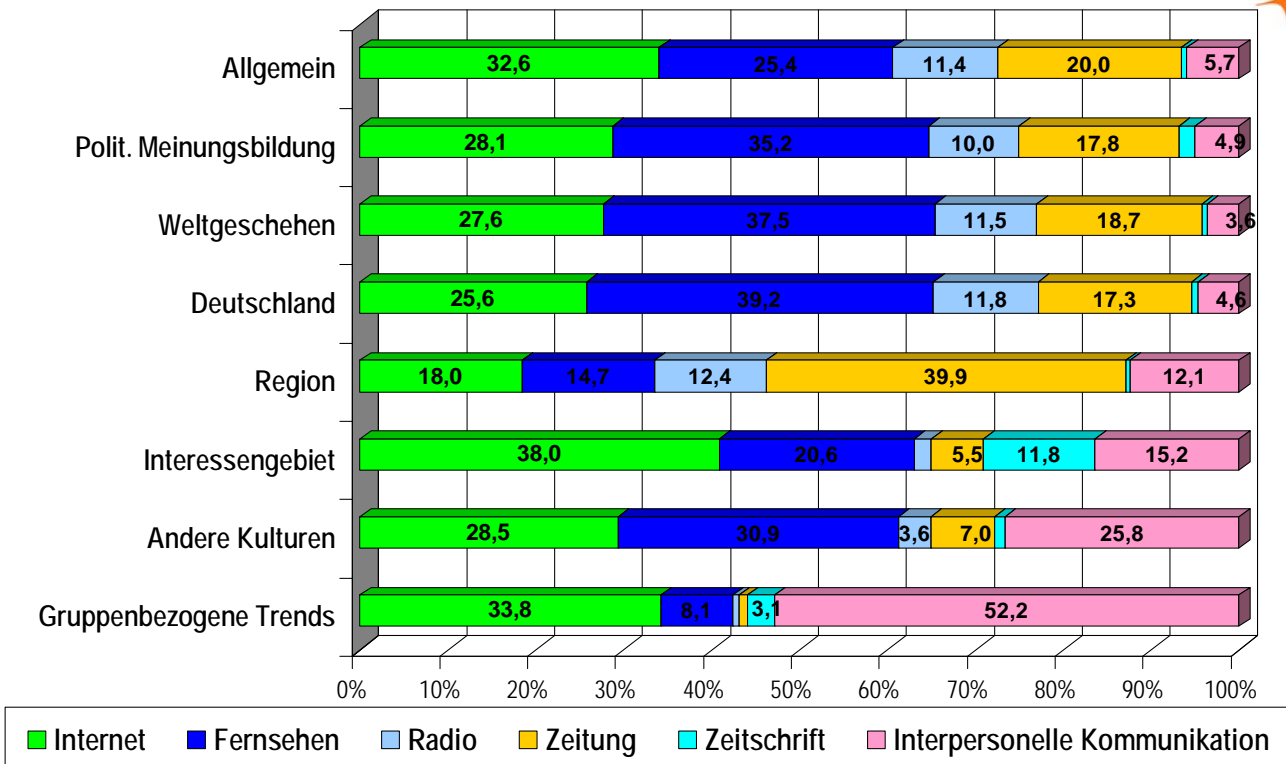


„Zielstrebige Trendsetter“



In bestimmten Teilgruppen jedoch haben sich die Gewichte deutlich verschoben.

Wichtigste Quellen für verschiedene Informationsfunktionen



Quelle: Hasebrink/Schmidt 2013; Basis: Antworten von 14- bis 29-Jährigen auf die offene Frage nach den drei wichtigsten Informationsquellen für die verschiedenen Informationszwecke; in % der Antworten

5

Gibt es noch Leitmedien?



- Ja. Trotz der Fragmentierung der Publika, der Ausdifferenzierung von Mediendiensten und der wachsenden Bedeutung von nutzer-generierten Inhalten kann nach wie vor von Leitmedien gesprochen werden, die für die öffentliche Kommunikation von besonderer Bedeutung sind. Einzelne Medienangebote erzielen enorme Reichweiten und Marktanteile.
- Nein. Der Versuch, die unübersichtliche Entwicklung der Medien- und Kommunikationslandschaft dadurch übersichtlicher zu machen, dass ein Medium und die mit ihm verbundene Logik hervorgehoben wird, greift zu kurz. Entscheidend ist die Einsicht, dass es in konvergierenden Medienumgebungen um das Zusammenspiel der verschiedenen Medien geht und dass den verschiedenen Medien in den Medien-repertoires verschiedener Bevölkerungsgruppen je spezifische Leitfunktionen zukommen.

6

Ist das Internet ein Leitmedium?



- Ja. Die weiter wachsende Verbreitung, die zunehmende Nutzungsdauer, die Klarheit, mit der bestimmte Funktionen am stärksten dem Internet zugeschrieben werden, die sich häufenden Fallbeispiele für erhebliche politische Wirkungen der Online-Kommunikation sowie die fast monopolistischen Konstellationen bei einigen Kommunikationsdiensten sprechen dafür, dass dem Internet Leitmedienfunktionen zukommen.
- Nein. „Das“ Internet ist mittlerweile keine aussagekräftige Kategorie mehr. Es handelt sich um die derzeit maßgebliche technische Infrastruktur für Medien- und Kommunikationsdienste aller Art, über die ganz unterschiedliche Dienste bereit gestellt werden. Das Internet als Leitmedium zu betrachten, wäre viel zu unspezifisch, um den heute dominierenden medienübergreifenden Angebots- und Markenstrategien und den nach wie vor sehr bedeutsamen anderen Medien gerecht zu werden.

7

Folgerungen für die Medienordnung



- Lösung von der Fernsehzentriertheit der Medienkonzentrationskontrolle; statt dessen Entwicklung medienübergreifender Konzepte
- Notwendigkeit einer dienstespezifisch differenzierten Kommunikationsordnung
 - Verstärkte Einbeziehung crossmedialer Angebotsbündel sowie medialer Repertoires der Nutzer
- Die Regulierungsintensität sollte sich aus der Bedeutung für den Prozess der individuellen und öffentlichen Kommunikation und den in der Lebenswirklichkeit tatsächlich zu beobachtenden Defiziten im Hinblick auf die Funktionserfüllung ableiten.
 - Abgestufte Regulierungsintensität

Seite 8